

# Demokrat

Österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Für Deutschland  
monatlich 5K 600.—, für  
Deutschland 3K 40.—

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einsparungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 14. Juli 1922.

Nr. 163.

## Moratorium.

Als die Konferenz von Genua tagte und die bürgerliche Presse in ausführlichen Berichten wiedergab, was die versammelten leitenden Staatsmänner der Welt in öffentlichen und geheimen Sitzungen berieten, da wandte sich die Hoffnung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit gequälten, leidenden Menschheit dieser Konferenz zu und erwartete von ihr endlich eine Umkehr in der Entwicklung der europäischen Verhältnisse, ein Aufhören der Feindschaft der europäischen Staaten untereinander, die endgültige Beendigung des Krieges. Aber man schied in Genua die brennendste Frage, Deutschlands Reparationszahlungen, aus und auch in der Frage des Wiederaufbaues Rußlands gelangte man zu keinem Resultat. Um nicht den Zusammenbruch der Genuaer Konferenz vor ganz Europa und insbesondere vor der englischen Öffentlichkeit offen eingestehen zu müssen, regte Lloyd George eine Fortsetzung der Genuaer Konferenz im Haag an. Aber auch die Haager Konferenz tagt, berät, beschließt, ohne zu einem wirklichen Resultat zu gelangen. So hat sich seit der mit so großen Hoffnungen begonnenen Genuaer Konferenz die internationale Situation verschlechtert, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sind in fast allen Ländern der Erde gewachsen, die Währungen einer Reihe von Staaten haben furchtbare Erschütterungen erlitten, der Wert des Geldes verliert jede Beständigkeit und insbesondere die deutsche Mark hat einen Fall getan, wie das noch vor wenigen Monaten kein Mensch vorausgesehen hätte.

Die katastrophale Erschütterung des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens, welche von Deutschland ausgeht und alle Staaten mitzureißen droht, scheint nun auch auf die Staatsmänner mit der verstocktesten Siegerideologie nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Auch die Franzosen müssen nun erkennen, daß, je mehr sie von Deutschland verlangen, desto mehr die Hoffnung darauf schwindet, daß Deutschland wirklich die ungeheuren Zahlungen leistet, die man ihm nach dem Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 zumutet. Als die Konferenz von Genua zusammengebrochen war, dachte man daran, Deutschlands Zahlungen zu erleichtern, indem Amerika eine große Anleihe gewähren sollte, wodurch das Reich der Sorge um die Beschaffung der ungeheuren Geldsummen wenigstens auf eine kurze Spanne Zeit entbunden worden wäre. Nachdem diese Anleihe aber gerade daran scheiterte, daß die amerikanischen Bankiers ein mit so großen Zahlungen belastetes Deutschland nicht für kreditwürdig hielten, erscheint als der letzte rettende Ausweg ein Moratorium, eine Stundung der Zahlungen, welche die Alliierten Deutschland für einige Zeit gewähren sollen.

Trotzdem sich seit dem Friedensschlusse Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Lage immer mehr verschlechtert hat, trotzdem es genötigt ist, jede Woche mehrere Milliarden Papiermark zu drucken, ist Deutschland seinen Zahlungen dennoch nachgekommen, obgleich die Darlehen von zwei Milliarden Goldmark, welche Deutschland jährlich an die Alliierten abführen muß, zur Zeit des Londoner Ultimatum etwa 28, jetzt aber 200 Milliarden Papiermark betragen. Auch die nächste Rate in der Höhe von 32 Millionen Goldmark oder drei Milliarden Papiermark, die am 15. Juli beglichen werden soll, hält Deutschland bereit.

In einer Denkschrift nun, welche die deutsche Reichsregierung an die Reparationskommission gerichtet hat, ersucht Deutschland: 1. Um die Verlassung der Zulirats bei der Reichsbank, weil Deutschland dann von fremden Zahlungsmitteln ganz entblößt ist und sich außerstande sieht, die für die Ernährung der Bevölkerung notwendigen Getreidemengen einzukaufen. 2. Um die Stundung der Barzahlungen für den Rest des Jahres 1922 und die nächsten zwei Jahre. Damit erklärt Deutschland — ohne es auszusprechen — seine Bereitwilligkeit, die Sachlieferungen gemäß dem Wiesbadener und dem ergänzenden sogenannten Gilettabkommen, welche Verträge das Reich der Kenntnis und

## Linksregierung oder Neuwahlen!

Sozialdemokraten und Unabhängige bestehen einmütig auf ihren Forderungen.

Berlin, 13. Juli. (Eigenbericht.) Bei beiden bürgerlichen Parteien und in ihrer Presse hat der gestrige Beschluß der Vorstände der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsleitungen große Überraschung ausgelöst und man stellt sich dort so an, als sei man darüber außerordentlich bestrebt. Es äußert sich darin die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien heute schon, trotzdem erst so kurze Zeit seit der Ermordung Rathenaus vergangen ist, nicht mehr die Absicht haben, die notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Niederhaltung der Reaktion zu treffen. Der gestrige Beschluß hat unzweideutig daran erinnert, daß die Organisationen der Arbeiterschaft nicht daran denken, die von ihnen aufgestellten Forderungen aufzugeben. Insbesondere die sozialdemokratische Partei hat die Illusion in den Kreisen der bürgerlichen Koalitionsparteien zerstört, als ob sie bereit sei, mit der deutschen Volkspartei eine Regierung zu bilden. Ihre Forderung nach dem Eintritt der unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett Wirth besteht unvermindert weiter.

Die demokratischen Blätter erklären, daß beide bürgerlichen Fraktionen der Regierung eine etwaige Erweiterung der Koalition nach links nicht mitmachen würden, auch nicht auf die Gefahr einer Auflösung des Reichstages. Sie erwarten jetzt Hilfe vom Reichspräsidenten, der heute in Berlin eintrifft und sie glauben, daß

dieser durch Ausgleichsveruche die Krise belegen werde. Die bürgerlichen Parteien dürfen sich aber diesmal täuschen, wenn sie annehmen, daß sie durch ein faules Kompromiß die Situation für sich retten könnten. Ohne Zweifel können eine Auflösung des Reichstages und Neuwahlen die innen- und außenpolitische Situation des Reiches vorübergehend noch weiter verschlechtern. Zentrum und Demokraten haben es aber in der Hand, diese Gefahr zu beseitigen, wenn sie endlich ihr Schwanken aufgeben und das Gesetz zum Schutze der Republik so ausgestalten wollten, daß ihm die sozialdemokratischen Parteien zustimmen können. Die

Arbeiterschaft steht jedenfalls in voller Einmütigkeit zusammen.

Sie wird es nicht zugeben, daß auch jetzt wieder ihre berechtigten Forderungen bei Seite geschoben werden.

So weit auf parlamentarischem Wege die Krise überhaupt zu lösen ist, kann es jetzt nur noch die Entscheidung über zwei Fragen geben: entweder das Gesetz zum Schutze der Republik erhält eine Fassung, die es auch den Arbeiterparteien ermöglicht, ihm zuzustimmen und im Anschluß daran wird die Erweiterung der Regierung nach links vorgenommen — oder der Rücktritt des jetzigen Kabinetts muß erfolgen und die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen werden vorzunehmen sein.

## Das Moratorium für Deutschland.

Berlin, 13. Juli. (Eigenbericht.) Nach den aus Paris und London hier vorliegenden Meldungen haben die englischen Vorschläge auf Bewilligung eines Moratoriums an Deutschland bereits feste Gestalt angenommen. Danach sollen die Barzahlungen auf zwei bis drei Jahre gestundet werden und bei den Sachleistungen sollen wesentliche Erleichterungen für dieselbe Zeit eintreten u. zw. unter folgenden Bedingungen: Deutschland soll einer Finanzkontrolle unterworfen. Die alliierten Schulden an Amerika sollen herabgesetzt und neueregelt werden. Eine internationale Reparationsanleihe soll für Deutschland ausgesetzt werden. Man ist in England der Meinung, daß es in diesem Zusammen-

hange notwendig sei, daß das Morgantomitee bald wieder zusammentritt, um die Voraussetzungen für die von Deutschland gewünschte internationale Anleihe zu schaffen. In den hiesigen amtlichen Kreisen werden diese Strömungen sehr günstig beurteilt, wenn man auch im einzelnen noch zweifelt, ob die Bedingungen der Alliierten von Deutschland angenommen werden können. Jedenfalls hofft man, daß durch das Moratorium auf zwei bis drei Jahre endlich die Bilanzierung des Etats ermöglicht wird und daß es dadurch auch gelingen könne, die Stabilisierung der deutschen Währung herbeizuführen.

dem Geschie des ermordeten Rathenau verdankt, zu leisten.

In den Ententeländern finden nun Beratungen über Beratungen statt, Sitzungen des englischen und französischen Kabinetts, der Reparationskommission, Garantiekommision und aller anderen Kommissionen, ohne daß aus diesen Beratungen etwas Greifbares herausgekommen wäre. Die letzten Meldungen lassen freilich einen leisen Hoffnungsschimmer aufkommen. Es scheint, daß die Reparationskommission bereit ist, mit der Zahlung der Zulirats zu warten und ein Moratorium von wenigstens einigen Monaten der deutschen Regierung zu erteilen. England, Belgien und Italien sind dazu bereit und die Schwere der Verantwortung liegt bei den Franzosen, deren Halsstarrigkeit bisher jede Gesundung der europäischen Verhältnisse unmöglich machte. Verständnis findet Frankreich allgemach nur noch bei einem einzigen Staat, nämlich der Tschechoslowakei, in der die Presse der Regierungsparteien gleich den französischen Boulevardblättern behauptet, daß Deutschland selbst den Rußsturz arrangiert habe, um sich von der Reparationslast zu befreien. Nicht einmal die belgische Öffentlichkeit glaubt solche Fabeln, obzwar Belgien an den Reparationszahlungen interessiert ist, während in der Tschechoslowakei die größte Dummheit gepredigt wird, wenn sie nur eine Spize gegen Deutschland enthält.

Wieder sind die Hoffnungen der Menschen belebt worden, daß der wirkliche Friede in Europa wiederkehrt, daß Deutschland eine wenn auch kleine Atempause gewährt wird, wodurch sich seine Währung erholen kann, was die Voraussetzung zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen in Europa und vor allem in der Tschechoslowakei ist. Frankreichs Staatsmänner haben die Möglichkeit, einen kleinen Schritt in der Richtung der Gesundung der europäischen Verhältnisse zu tun. Tun sie es nicht, dann gelingt es ihnen freilich, Deutschland zu ruinieren, aber nicht nur Deutschland, sondern auch sich selbst.

In den letzten Kriegsjahren hat die Sozialdemokratie den Grundsatz des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen aufgestellt. Wäre der Friede auf dieser Grundlage geschlossen worden, wahrlich, die Menschheit wäre weiter und wir hätten die Folgen des Krieges, der Zerstörung der Produktivkräfte allgemach überwunden, die europäische Wirtschaft gliche nicht einer Ruine. Aber der Wahnsinn der Sieger war zu groß, die Zeit hatte ein kleines Geschlecht in den Siegerländern gefunden. Es droht Gefahr, daß der Besiegte in den Abgrund stürzt und den Sieger mitreißt. Geschieht dies, dann geht Europa dem wirtschaftlichen Verfall entgegen, der auch der kulturellen Vorherrschaft Europas in der Welt ein Ende machen wird.

## Auf der Suche nach einer Abwehrtaktik.

(Von unserem tschechischen Korrespondenten.)

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Defensiv größere Schwierigkeiten bietet als die Offensiv, wofür der Grund hauptsächlich in der Seelenverfassung des Angegriffenen liegt. Das gilt in besonders hohem Maße für die proletarische Bewegung, in der sich immer zur Entmutigung der Zweifel gestellt, ob die Abwehrtaktik auch die richtige sei. Solange die Dinge gut gehen, solange ein siegreicher Streik dem anderen folgt, solange die Regierung Schritt für Schritt dem Druck der Massen nachgibt, denkt die große Masse nicht daran, über die Taktik zu diskutieren. Die Diskussion fängt an, sobald die Dinge schlecht gehen, und durch den inneren Zwist gehen sie dann doppelt schlecht.

Geradezu typisch ist in dieser Hinsicht das Verhalten der italienischen Partei dem Faschismus gegenüber. Man hätte meinen sollen, daß einem so kraftvollen, rücksichtslosen und zähen Angriff der Reaktion gegenüber die gepriesenen revolutionären Energien der Massen sich Bahn gebrochen hätten. Die ersten Anfänge des Faschismus reichen ja noch in die Zeit zurück, in der der Avanti noch eine öffentliche Sammlung veranstaltete, die „Waffen für den Befreiungskampf des Proletariates“ liefern sollte. Statt dessen versagte die proletarische Abwehr ganz, weil die technischen und auch weil die psychologischen Voraussetzungen für die Verteidigung gegen einen solchen Angriff vollständig fehlten. Und das geschieht in gewissem Sinne dem Proletariat zur Ehre; die landlichen Massen eines Kulturlandes sind in ihrer ganzen Seelenverfassung nicht darauf eingestellt, sich mit Messer und Handgranaten ihrer Haut zu wehren. Gerade die 25 Jahre sozialistischer Schulung hatten viel dahin gewirkt, die gewalttätigen Instinkte der Massen, ihre Tendenz, sich selbst Recht zu schaffen, in Jaum zu halten. Deshalb wendete sich das Landvolk an die Partei um Hilfe, was umso natürlicher war, als alles Unheil des Faschismus ja gerade wegen ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit über sie hereinbrach.

Daß die Partei nicht helfen konnte, darf auch nicht verwundern. Die Partei hat immer auf dem Boden der legalitären Taktik gestanden, und konnte weder einen Plan noch ein Waffenarsenal zur gewalttätigen Abwehr haben. So tröstet man das unter der faschistischen Fuchel seufzende Landproletariat damit, daß es sich um eine vorrevolutionäre Erscheinung handelte, riet immer, sich nicht provozieren zu lassen und auszuhalten. In der Parlamentaristik der Partei herrschte damals noch die Ansicht vor, daß es im Interesse des Proletariates liege, der Regierung das Leben so schwer als möglich zu machen. Gerade dadurch hat man aber die Regierung in ihrer natürlichen Tendenz bestärkt, sich auf den Faschismus zu stützen. Seinem Wesen nach war der Faschismus die Leibgarde der Reaktion; daß die Regierung aber direkt in seine Macht fiel, war zum nicht geringen Teil die Schuld der Sozialisten, die jede Regierung so weit hepten, daß sie Bundesgenossen nahm, wo sie sie fand. Das offizielle Bündnis mit den Faschisten schloß Giolitti, als er im Mai 1920 die Parlamentswahlen im Zeichen des Faschismus ansetzte.

Damals entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen der Regierung. Seitdem sind aber die Faschisten stärker und die Sozialisten schwächer geworden. Aus einer chaotischen Bewegung reaktionärer Kriegstänzerung hat sich der Faschismus zu einem systematisch organisierten Soldatenkorps des Agrarkapitals entwickelt, verfügt über große wirtschaftliche Mittel und über Sympathien im Heere und bei der Polizei. Die Sozialisten haben bedeutende Einbußen erlitten, nicht so sehr durch das Abschwenken der auf Moskau eingeschworenen Kommunisten, deren Scheitern der Partei kaum Schaden gebracht hat, als vielmehr durch die materielle Beeinträchtigung der ganzen proletarischen Bewegung durch den Faschismus und die dadurch bedingte Entmutigung der Massen. Dazu kam der Zwiespalt über die Taktik. Die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistischen Gewerkschaftsführer forderten das Abgehen von der rein intransigenten Haltung in der Kammer, während die Partei festhielt an dem Beto, unter irgend welchen Umständen für ein Ministerium zu stimmen.

Quers hat, wie bekannt, der Ausschluß der Konföderation der Arbeit eine kollaborationistische Taktik befürwortet und bei der Partei beantragt; dann hat die Partei zuerst durch ihren Vorstand und dann durch ihren Nationalrat diese Taktik abgelehnt, während die sozialistische Parlamentsfraktion sich in Erwartung des Parteitag für autonom erklärte und inzwischen wenigstens Herr sein will über ihr parlamentarisches Verhalten.

In dem nünftigen Instanzengang der Diskussion ist nun schon in Genua eine neue Entscheidung gefallen. Der dort zusammengeratene Nationalrat der Konföderation der Arbeiter hat zwar nicht die absolute, aber doch eine starke relative Mehrheit zugunsten der Kollaboration ergeben. Von 1.128.000 Stimmen wurden rund 538.000 für die Kollaboration, 250.000 für die Maximalisten, 249.000 für die Kommunisten, 13.000 für eine vermittelnde Resolution und schließlich rund 35.000 für die sozialistische Motion der dritten Internationalen abgegeben.

Dieses Ergebnis zeigt, daß die heutige Leitung der Generalkonföderation, die die Kollaboration zur Abwehr gegen den Faschismus will, nicht die absolute Mehrheit auf ihrer Seite hat. Daher ruft diese Leitung eine höhere, die höchste Instanz, ihren Kongress an, der gleich nach dem sozialistischen Parteitag zusammentreten wird. Aber diesmal ist es wirklich angebracht, die Stimmen nicht nur zu zählen, sondern auch zu wägen. Man darf nicht außer acht lassen, daß über 100.000 Mitglieder der Konföderation der Arbeit in Genua nicht vertreten sind, weil die Faschisten es ihnen unmöglich gemacht haben, die Mitgliedsliste ihrer Organisation zu erwerben. Diese geknebelten Stimmen wären sicher zugunsten der Kollaboration ins Gewicht gefallen. Bemerkenswert ist auch, daß in Genua zwei programmatische Richtungen vertreten waren: die Kollaborationisten, die versuchen wollen, eine bürgerlich-liberale Regierung durch sozialistische Unterstützung ins Leben zu rufen, den Faschisten gegenüber das Gesetz anzuwenden, und die Kommunisten, die der Meinung sind, daß der heutigen Situation gegenüber der Generalstreik anzuwenden sei. Das dritte Programm, das der Maximalisten, war und ist keines; es läuft auf eine Variation des Themas hinaus, daß die Befreiung der Arbeiterklasse deren eigenes Werk sein müsse. Damit ist nun aber der Arbeiterchaft heute herzlich wenig gedient. Sie hat nie erwartet, den Sozialismus als Geschenk aus den Händen der Bourgeoisie zu erhalten. Heute handelt es sich nur darum, ob die Früchte zwanzigjähriger Organisationsarbeit von den Faschisten zertreten werden sollen, ohne eine Gegenwehr zu versuchen.

Auf diese Frage antworten die Reformisten mit dem Vorschlag, durch sozialistische Unterstützung in der Kammer eine Regierung zu ermöglichen, die die Faschisten nicht braucht, während die Kommunisten den Generalstreik vorschlagen. Nur die Maximalisten schlagen gar nichts vor, trösten sich und möchten die Waffen trösten, indem sie die heutige Periode als eine Sturzwelle der Reaktion bezeichnen, der man stand halten müsse, und fordern das Beharren bei der bisherigen Instanz, die allmählich die stärkste Fraktion der italienischen Kammer praktisch ganz ausschaltet.

So richten sich alle Erwartungen auf den Parteitag. Die maximalistische Fraktion hat den Abanti in Händen, den ihr Leader, Gen. Seratti redigiert. Aber die kommunistischen Stimmen, die in Genua mit den ihren zusammen den Kollaborationisten die Waagschale hielten, werden auf dem Parteitag in Rom nicht mehr ins Gewicht fallen, da ja die Kommunisten außerhalb der Partei stehen. In den Gewerkschaften haben ihre kommunistischen „Zellen“, die feierlich in Moskau beschloffen wurden, ihr Zerlegungswort betreiben können und in beinahe einer Viertel Million Stimmen in Genua ihre Quittung dafür eingeholt. In Rom, wo der Parteitag Anfang August tagen wird, müssen die Maximalisten ganz auf eigenen Füßen stehen.

Einstweilen werden die Faschisten frecher, die Krise wird schwerer, die italienische Valuta fällt und die reaktionären Parteien legen immer fester die Hand auf die Machtwerkzeuge des Staates. Und wenn die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nichts anderes vermöchte, als dieses Besitzergreifen aller Verwaltungskörper von seiten der Reaktion zu verhindern, so wäre das schon ein Gewinn, der den Einsatz verlohnen würde. Man verzehe mir, wie viele und wie staatliche Schafe die Merikalen ins Trockene gebracht haben, seit sie an der Regierung sind, man mache sich klar, welchen Kraftaufwand es das

Proletariat kosten wird, den Merikalen die oberen Stellungen, namentlich in der Vergebung der öffentlichen Arbeiten, wieder abzunehmen, und man wird einsehen müssen, daß sehr viel veräumt worden ist, was sich vielleicht in Jahrzehnten nicht einholen läßt. Die Reformisten haben die traurige Bemerkung, vor zwei Jahren vorausgesagt zu haben, was heute eingetreten ist. Die Bourgeoisie, die damals von den Sozialisten Hilfe aus der nationalen Not erwartete und fast ersehnte, hat sich jetzt halbwegs konsolidiert und benutzt die Früchte ihrer Arbeit dazu, die Kriegslasten auf das Proletariat abzuwälzen. Und das Proletariat und seine Partei suchen nach einem Ausweg, ohne bis jetzt irg. einen ernstlich zu versuchen.

### Genat.

126. Sitzung.

Die gestrige Dauer Sitzung des Senates wäre, wenn man von den sachlichen Kritiken, die unsere Genossen an verschiedenen Vorlagen übten, im allgemeinen lang- und langlos verlaufen. Lebhaftige Bewegung löste erst die Debatte über das Schulgesetz aus, in welche die Merikalen aller Nationen geschlossen nach ihrer altbewährten Art die Religion einschmuggelten, um die Diskussion in ein falsches Geleise zu schieben. Interessant war die Zustimmung, welche die Ausführungen der Merikalen Redner bei den extremsten Chauvinisten beider Lager fanden und es war wohl kein Zufall, wenn die Merikalen der Rede des tschechischen Nationaldemokraten Mares starken Beifall zollten. Sen. Hilgenreiner gefiel sich diesmal in einer Ueberhebung, die zur vielgerühmten christlichen Demut nicht recht paßte. Im allgemeinen wäre hervorzuheben, daß an den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzen im Senat, sogar von den Referenten, vernichtende Kritik geübt wurde. Leider findet das Haus der Aelteren nicht die nötige Energie, um die Konsequenzen aus dieser Erfahrung zu ziehen.

Genosse Polach, welcher spät abends zu Worte kam, traf mit seinen glänzenden Ausführungen zum kleinen Schulgesetz sichtlich ins Schwarze. Er wurde von den Merikalen häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, wobei sich besonders der deutschnationalen Meriker Raegle auszeichnete und — treffliche Abfuhr holte.

Die gestrige Senatsitzung wurde um halb 11 Uhr vorzeitig durch den Vizepräsidenten Kadral eröffnet. Nach Verlesung des Einlaufes ging man zur Tagesordnung über.

Die Vorlage, betreffend die Neuregelung der Statistik des Außenhandels, über welche Senator Bly referierte, sowie der Regierungsentwurf bezüglich der vorübergehenden Regelung der Finanzwirtschaft der Städte und Gemeinden mit Munizipalrecht für die Steuerjahre 1922 und 1923, worüber die Senatoren Julek und Dr. Karas Bericht erstatteten, wurden ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der Referent des nächsten Punktes des Tagesordnung, der sich auf die Gewährung eines unverzinslichen staatlichen Darlehens von 15 Millionen Kronen für Investitionen der Stadt Tschechisch-Teschen bezog, war Senator Klecak. Als einziger Redner in der Debatte sprach

#### Senator Genosse Bink.

Er verwies auf die wirtschaftliche Schädigung, die durch die Zerteilung der Stadt Teschen erfolgte. Die Mehrzahl der Anlagen und Kiemer wurde dem polnischen Teil zugewiesen. Tschechisch-Teschen hat gegenwärtig kein Schlachthaus; es fehlen Schulen und vieles andere. Die deutschen Sozialdemokraten wün-

sen, daß diese unheilvollen Verhältnisse, welche die Diplomaten Bolens und der Tschechoslowakei geschaffen haben, geändert würden. Derartige Grenzen sind unhaltbar. Vor allem leiden die Arbeiter unter diesen Zuständen. Die Partei des Redners wünscht die Gewährung des an sich minimalen Darlehens. (Beifall.)

Nach dem Schlußworte des Referenten wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Zum Antrage der Abg. A. Beran, Adamel, Samalik und Gen. auf Aenderung des Gesetzes über die Versorgung mit Kunstdünger im Jahre 1921 berichtete der Senator Prejsa. In der Debatte sprach zunächst

Senator Julek (d. Agr.). Er verwies darauf, wie wichtig es wäre, Rechenschaft über den Erfolg des Kunstdüngergesetzes und über den Kunstdüngerfond zu erhalten. Mit Rücksicht auf die hohen Tarife rentiere es sich überhaupt nicht, minderwertigen Kunstdünger zu beziehen. Darum hätte man erwartet, daß die Regierung entweder 40prozentiges Kollatz laust oder Ausnahmsstarife gewährt. Aus Vernunftgründen hätte man den Gemeindevorstand von der Kunstdüngersteuer befreien sollen. Redner sprach dann von der Vernichtung der Waldbestände durch die Ronne. Die Regierung wäre moralisch verpflichtet, einen Teil des Kunstdüngerfondes, zu dem der Wald mit 75 Prozent beiträgt, zur Erforschung der Bestäubungsmittel dieses Schädlings zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß protestierte Redner dagegen, daß der Senat verurteilt sei, die Anträge des Abgeordnetenhauses unverändert anzunehmen.

Nach dem nächsten Debattenredner Sen. Darsandky (slow. Volksp.) sprach

#### Senator Genosse Barth.

Er betonte, mit welcher Unkenntnis der Sachlage und mit welcher Rücksichtslosigkeit Gesetze gemacht würden, wie die zur Verhandlung stehende Vorlage beweise. Redner bekaufte den § 2 des Gesetzes. Er wünschte, daß die Gemeinden von der Kunstdüngersteuer befreit würden, die eine ungeheure überflüssige Belastung für die Gemeinden bedeute. Als Beispiel führte er die Kunstdüngersteuer der Saager Gemeinde an, die 18.380 Kronen beträgt. Hierauf verwies er auf die furchtbare Gefahr, die den Wäldern durch die Ronne und den Dorfentfester droht. Schließlich sprach sich Redner dafür aus, das ganze Gesetz solle verschwinden und die einzelnen Organisationen, die Kunstdünger benötigen, mögen sich selbst darum kümmern. Trotzdem wird die deutsche sozialdemokratische Partei für das Gesetz stimmen, weil es wenigstens den kleinen Waldbesitzern die Befreiung von jeder Steuer bringt. (Zustimmung.)

Der Referent Sen. Prejsa versuchte die Einwände der Debattenredner zu widerlegen, stimmte aber dem Vortrue, daß der Senat eine untergeordnete Rolle spiele, im allgemeinen zu. Hierauf wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Vorlage über die vorläufige Regelung der Vormundschaftsagenenden in der Slowakei und Karpathenland wurde nach Anhören der Berichte der Sen. Dr. Dagner und Jimal ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Ueber die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Angestellten und Unternehmern in der Slowakei und Karpathenland referierten die Sen. Dr. Blit und Cholek. In der Debatte sprach als einziger Redner

Sen. Matuskal (Kommun.), welcher den Wunsch aussprach, daß die Rechtsverhältnisse zwischen Angestellten und Unternehmern auch wirklich geregelt würden.

Die Vorlage wurde nach dem Schlußworte der beiden Berichterstatter in erster und zweiter Lesung angenommen.

Ohne Debatte gelangten hierauf die beiden nächsten Vorlagen 1. betreffend die Durchrüh-

nung der Dienstzeit für Angehörige der tschechoslowakischen Gendarmerie und 2. die Regelung der Dienstverträge der Gendarmerieoberwachmeister, die Stationskommandanten sind, nach den Referaten der Sen. Panel und Alceal zur Annahme.

Zum Gesetzesentwurf über die Sicherheitswachkörper erstatteten die Sen. Panel, Dr. Prabee und Dr. Karas ihre Berichte. Als einziger Debattenredner sprach

Sen. Kovalik (slow. Volksp.). Er trat für die Wahrung der Interessen des Sicherheitswachkörpers ein, forderte aber dafür, daß die Sicherheitswache und die Gendarmerie ihre Pflichten gewissenhaft erfülle, daß sie dabei über den Parteien stehe und die Sicherheit der Person und des Eigentums garantiere. Die letzten Vorfälle (Demolierung des Slowak etc.) begründeten diese Forderung. Slowaken, die sich zum Gendarmeriedienst melden, mögen aufgenommen werden.

Das Gesetz wurde hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Den Bericht über die Erneuerung des vorläufigen Zwangspachtes erstattete Sen. Slavik.

Sen. Bly (tschech. Nat. Soz.) wandte sich gegen das verbrecherische Treiben der Großgrundbesitzer, welche über die staatlichen Gesetze hinweg die kleinen Landwirte schädigen. Er führte in diesem Zusammenhang einen Fall an, da einem Kleinlandwirt Boden zugeteilt war und wo der Großgrundbesitzer mit dem Bly über das bereits wachsende Getreide hinwegführte. Redner appellierte an den Staat und an das Völkchen, ihre Pflicht gegenüber den kleinen Leuten zu erfüllen. Er protestierte dagegen, daß verschiedenen Gesellschaften Grund und Boden zugewiesen werde, da hinter diesen Gesellschaften politische Parteien ihr Unwesen treiben. Redner forderte eine entscheidende Bodenreform.

Das Gesetz wurde nach dem Schlußworte des Berichterstatters in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Der Bericht zum Antrage der Abg. Konobella, A. Cerny und Gen. auf Robellierung des Gesetzes über die Erneuerung der landwirtschaftlichen Kleinpachtungen wurde von Sen. Petik erstattet. In der Debatte sprach

Sen. Bly (tschech. Nat. Soz.), der auf verschiedene im Gesetze enthaltene Unklarheiten verwies. Der schlechteste Boden werde von den staatlichen Kommissären den kleinen Landwirten zugeteilt.

Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand bezog sich auf die Vorlage, betreffend die Regelung der Versorgungsgegenstände der ehemaligen Angestellten auf landwirtschaftlichen Großgrundbesitzern. Referent war Sen. Prejsa. Ohne Debatte wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Zum Entwurf über die Aenderung und Regelung des Gesetzes vom 8. März 1920, betreffend die Uebernahme und Entschädigung für beschlagnahmten Grundbesitz, referierten die Sen. Bly, Intel Krojifer. Dazu gab als Vertreter der deutschen Sozialdemokraten

#### Senator Genosse Friedrich

die folgende Erklärung ab:

Namens des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Senatoren gebe ich nachstehende Erklärung ab: Der vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet eine weitgehende Aenderung des bisherigen Gesetzes. Zur Beratung dieser Vorlage, für welche uns eine deutsche Uebersetzung nicht gegeben wurde, standen uns drei Tage zur Verfügung. Ein oberflächliches Studium, wie es anders in dieser kurzen Zeit nicht möglich war, zeigt uns, daß das Gesetz sowohl in technischer, als in sachlicher Beziehung voll von Mängeln ist, daß es in einzelnen Teilen vollständig unüber-

## Blatz, der Arbeiter kommt!

Berlin, Mitte Juli.

Berlin hat aufregende Tage hinter sich. Die arbeitsamste aber auch temperamentvollste Großstadt des Kontinents hat noch nie auf ein Ereignis so langanhaltend und so sichtbar reagiert, wie auf die Ermordung Rathenaus. Gewiß, Berlin hat seit den Novembertagen noch ganz anderes gesehen. Aber eine Periode ohne Straßentänze und Putschabwehr, die mit solcher Macht, Größe und Eindringlichkeit durch das legitime Mittel der politischen Demonstration einen realen Druck auf die parlamentarische Tätigkeit ausgeübt hat, wie diese, haben wir in Berlin, in Deutschland noch nicht erlebt. Was sich da abspielte, war, glaubt es nur, Geschichte, und durch nichts wie durch diese Demonstrationen hat das deutsche Volk so bewiesen, daß es die Machtmittel der Demokratie, die Demonstration, die Arbeitseinstellung, anzuwenden in der Lage und willens ist.

Wenn wir heute auf die drei großen Berliner Demonstrationen zurückblicken, so wirken sie in ihrer äußeren und inneren Steigerung wahrhaft imponierend. Denn in zweierlei Hinsichten überboten einander die Demonstrationen. Erstens durch die Teilnehmerzahl, zweitens durch die Zielbewußtheit. Die erste Demonstration wurde eigentlich nur improvisiert. An einem Sonnabend wurde Rathenau ermordet. Am nächsten Morgen forderte ein Aktionsauschuß der Gewerkschaften und familiärer Arbeiterparteien die Massen auf, im Lustgarten zu demonstrieren. Nun muß man

wissen, wie schwer es ist, in so kurzer Zeit hunderttausend Menschen zu mobilisieren. Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist längst nicht mehr in der Lage, sich ein Blatt zu halten, in dem die Aufforderung stand. Andere Teile verlassen bei dem herrlichen Juliwetter Berlin lange bevor die Post oder die Zeitungsfrau angekommen ist. Der dritte Teil hat für den Vormittag längst Dispositionen getroffen und jeder glaubt dann, sich auf den anderen für Demonstrieren verlassen zu können. Aber alle diese Faktoren für eine schlechte Beteiligung fielen diesmal aus. Die Massen warteten auf den Ruf, denn sie spürten, die Republik ist in Gefahr und mit unseren Leibern müssen wir sie verteidigen.

Die größte Berliner Lustgarten-Demonstration fand am Tage der Beerdigung Rathenaus statt. Wenn frühere Demonstrationen im Lustgarten, an der Stätte, wo einst Wilhelm, den Marschallstab in die Hüfte gestützt, den Feldherrn münzte, den großen Raum zwischen Schloß und Museen mit der Schwärze der Menschen und einem Wald roter Wimpel füllten, so mußten diesmal lange vor Beginn der Demonstrationen ganze Hügel auf die hinter dem Schloß gelegenen Straßen und Plätze abgeleitet werden, weil der Lustgarten, einer der größten Demonstrationenplätze der Welt, keine neuen Menschen mehr aufnehmen konnte.

Vom Breußen sagte Heibel einmal, sein Symbol wäre das Lineal. Viel hat sich seitdem nicht geändert und die Lineale des Breußen hat noch immer keine schwingenden Begegnungen. Eng damit zusammen hängt das geringe Verständnis für Gefühlzeichen. Die Berliner

Sachlichkeit nennt das Rumpst oder Quatsch, aber auf die Dauer lassen die urchenlichsten Instinkte doch nicht ihrer spotten. Wie erbärmlich lang hat es gedauert, bis die Republik einsah, daß sie nicht nur Symbole wie neue Farben und Wappen braucht, sondern daß sie auch ganz energig Respekt vor ihren Symbolen erzwingen muß, und wenn es nötig ist, mit eisernen Mitteln. Erst mußte die neue Fahne als Judenschnabe beschimpft werden, bis man sich dazu aufstufte, sie auf Staatsgebäuden zu zeigen. Erst mußten 370 (dreihundertsechzig) Republikaner ohne jede Sühne durch die „Justiz“ gemuehelt werden, bis im Volke, auch im Proletariat ein Gefühlverhältnis zu den republikanischen Symbolen entstanden ist.

Darüber sind wir uns ja alle einig, daß die Republik nur die Form ist, innerhalb der wir unsere sozialistischen Forderungen erreichen wollen. Es ging aber auf die Dauer nicht an, für die Republik zu sein und ihre Farben zugleich zu ignorieren. So hat sich von selbst ein Gefühlverhältnis zu den zwar bürgerlichen aber schließlich doch republikanischen Farben entwickelt, und so gehört es nun endlich nach bald vier Jahren deutscher Republik zu den der Arbeiterschaft natürlichen Tatsachen, daß an solchen Demonstrationstagen die Fahne schwarz-rot-gold neben dem proletarischen Blutrot mit Stolz und Troz den Gegnern der Republik gezeigt wird. Die hundert roten Banner, die über den Hunderttausend wehen, sagen so zunächst nur aus, daß hier Massen stehen, deren Ideal nach links hin führt, daß sie aber nur bedingte Anhänger der Republik sind. So hatte man immer den Eindruck, daß die deutsche Republik ganz verlassen im Wind und Sturm der

Kämpfer zwischen rechts und links auch von ihren Anhängern nur auf Zeit verteidigt wird. Schöden wirklich die Herzen dem neuen Staat, oder war er auch seinen Verteidigern nur eine Brücke zu einem anderen Ziel? Erst seitdem mächtige Fahnen der Republik an solchen Tagen von Häusern und auf den Straßen wehen, fühlt die Reaktion die Konsolidierung der republikanischen Kampfgenossenschaft. Wenn man einmal eine Geschichte der deutschen Republik schreiben wird, wird man auch eine Geschichte ihrer Fahnenkämpfe schreiben müssen.

Es ist merkwürdig: sowie die Reaktion der Arbeiterschaft mit Blut und Blei Verständnis für den Gefühlswert der Symbole beibrachte, erwachte plötzlich ihr Sinn auch für andere Symbole.

Wie viele Demonstrationen, Raifeiern und Protestveranstaltungen hat sich die Berliner Arbeiterschaft schon selbst verborgen, durch eine ganz mechanistische und pedantische Auffassung von der Arbeitseinstellung. Gewiß kann das Proletariat ohne Arbeitseinstellung nicht demonstrieren. Aber daß sich die Arbeiter immer selbst durch Stilllegung aller Verkehrsmittel in der Riesenfahrt die Möglichkeit nahmen, die Demonstrationen so groß und wirksam als möglich zu machen, ist nur durch einen Mangel an Symbolverständnis zu erklären. In Frankreich, England, Amerika ist längst der Rehmünienstreik als gewaltigste allgemeine Bundesdemonstration eingeführt. Zu einer gegebenen Minute halten alle Verkehrsmittel fünf oder zehn Minuten. Handelt es sich nicht um eine Arbeiterdemonstration, sondern um eine nationale Feier, so stehen nicht nur alle Räder, sondern auch alle Beine und Arme still. Auf den

ständig ist und von einer ernstzunehmenden gesetzgebenden Versammlung niemals angenommen werden dürfte. Trotzdem hat die Mehrheit, die alle diese Mängel kennt, das Gesetz unbedingter angenommen. An einer solchen Beratung und Beschlussfassung, welche eine Parodie auf eine ernste parlamentarische Arbeit ist, können wir uns nicht beteiligen.

Darauf sprach Sen. Redebour (d. Agr.-Soz.), der erklärte, daß die deutschbürgerlichen Senatoren keinerlei Abänderungsanträge zu dem vorliegenden Gesetzentwurf gestellt haben, weil dies eine unnütze Vergewendung von Energie wäre, und Sen. Haril (Dnat.). Nach dem Schlusssatz der Berichterstatter wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter zum Entwurfe über die Regelung der Pensionen der Gemeindefunktionäre und Distriktsärzte waren die Sen. Jaros, Dr. Prochazka, Kretal und Dr. Karas. Die nach dem Referat vorgenommenen Abstimmungen hatten die Annahme des Gesetzes in erster und zweiter Lesung zur Folge.

Zur nächsten Vorlage, betreffend die Uebernahme der Gesundheitspolizei durch den Staat, erstatteten die Sen. Dr. Pitzki, Hrejsa und Kretal Bericht. Als einziger Redner in der Debatte sprach

**Senator Gen. Prof. Dr. Wicchowski.**

Er begrüßte das Gesetz im allgemeinen, weil er in der darin begonnenen Verstaatlichung des Arztstandes einen Fortschritt, einen Weg zur Sozialisierung des Arztstandes erblickt. Redner begründete hierauf die von den deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus eingebrachten Resolutionen. Die erste, die sich auf eine Neuordnung der Physikalischen Prüfungen bezieht, geht zunächst davon aus, daß der Arzt neben der Pflicht der Krankenbehandlung auch andere soziale Pflichten zu erfüllen habe. Es muß an einer Neuordnung des Arztstudiums gearbeitet werden. Zuvor aber ist es notwendig, speziell der Ausbildung der Ärzte erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Zur Ablegung der Physikalischen Prüfungen ist öffentlicher Unterricht erforderlich. Auch die Zeit, die zur Physikalischen Prüfung verlangt wurde, ist zu kurz. So ist die ganze Prüfung eine Formalität geworden. Daher soll der Staat die Ausbildung der Ärzte selbst in die Hand nehmen, indem er sozialärztliche Akademien an die medizinischen Fakultäten angliedert. Auch soll die Physikalische Prüfung auf modernen Grundrissen aufgebaut sein. — Die zweite Resolution fordert, daß die Befehung der Amtsarztstellen auf Grund eines Terminvorschlages erfolge, daß die Gemeinden das Ausschreibungsrecht über die Befehung haben. Zur Einbringung dieser Resolution haben auch nationale Gründe geführt. — Obwohl diese Abänderungsanträge seien, werden die deutschen sozialdemokratischen Senatoren in Anbetracht des Fortschrittes, den das Gesetz bringt, dafür stimmen. (Zustimmung.)

Die Vorlage wurde dann in erster und zweiter Lesung angenommen.

**Das kleine Schulgesetz und die Lehrparität.**

Vizepräsident Kobalil beantragte hierauf, daß die Vorlage, betreffend das kleine Schulgesetz mit dem Entwurf über die Lehrparität gemeinsam behandelt werde. Der Vorschlag wurde angenommen. Referenten der ersten Vorlage waren die Sen. Dr. Kretal und Havlena, über die zweite Vorlage berichteten die Sen. Hnatel, der den Humanismus betonte, mit dem das Gesetz ohne Teilnahme von Lehrerexperten gemacht wurde, Jit und Kretal, der erklärte, daß der Senat nicht auf Grund eines Terrors, sondern im Staatsinteresse in Bezug auf die Lehrerschaft gehandelt habe. In der hierauf eröffneten Debatte, deren Redebeiträge für jeden Redner auf eine halbe Stunde fixiert wurde, sprach zunächst

**Senator Genosse Wicchowski.**

Schärfere Worte, als der Herr Referent Hnatel gefunden hat, können auch wir nicht ge-

gen die Vorlage anwenden. Das wird er schon dem Appell, den wir seinem Bericht zollten, entnommen haben. (Genosse Polach: „Doffentlich schadet ihm das nicht.“) Wir haben diesen Vorgang schon oft hier erlebt, aber in diesem Falle liegt die Sache besonders traurig. Um das zu beweisen, ist auf den Vorgang verwiesen, der sich anlässlich der von unseren Parteigenossen im Abgeordnetenhaus vorgebrachten Abänderungsanträge abgepielt hat. Dort wurde u. a. auf das Unrecht verwiesen, welches in der knappen Erhöhung der Schulleitergehälter liegt. Auch den Sanitätslehrerinnen ist ein großes Unrecht darin geschehen, daß sie in die Klasse C eingereiht werden. Der Herr Referent selbst hat ausgerechnet, daß z. B. eine unobligate Stunde mit drei bis vier Kronen honoriert wird, ein Betrag, für den überhaupt keine Arbeit geleistet wird. Das Furchtbare ist, daß man, wie bereits betont wurde,

**das Gesetz mit Ausschluß der Lehrer verfaßt hat.**

So konnte es geschehen, daß im Artikel XII eine ganz unsosziale Bestimmung sich einschlich, indem alle kriegsunfähigen Lehrer, die in der österreichischen Armee ihre Invalidentät erlitten haben, von den Vorteilen, welche die invaliden Legionäre genießen, ausgeschlossen werden. Zum Schlusse ist zu rügen, daß das Gesetz erst mit dem ersten Juni in Kraft treten soll. Alle diese Einwände sind als Abänderungsanträge im Abgeordnetenhaus von unseren Parteigenossen eingebracht, aber dort abgelehnt worden. Es ist ganz unverständlich, daß man im Abgeordnetenhaus anders als im Senat vorgeht. Man könnte beinahe sagen, daß diese Abänderungsanträge, die wir hier nicht gestellt haben, nach den einleitenden Referaten zu schließen, im Wege von Resolutionen angenommen worden sind. Es ist klar, daß man nicht beginnen soll, an Lehrergehältern zu sparen, während auf der anderen Seite das Wehrbudget erhöht wird. So wurde erst unlängst im Wehrausschuß von einem Mitgliede die Ansicht geäußert, man müßte auch daran denken, Kampfgase zu erzeugen. (Görli:)

Der Redner schloß folgendermaßen: Trotzdem werden wir für das Gesetz stimmen, weil wir eine gewisse Besserung da oder dort sehen, wenn auch im ganzen die Verschlechterungen überwiegen. Gleichzeitig ist zu bemerken, daß die ganze Verhandlung dieses Gesetzes wieder einmal die Ueberflüssigkeit des Senates ausgedeutet hat.

Redner hofft, daß über kurz oder lang eine Novellierung dieses Gesetzes dem Senate vorgelegt werde.

Sen. Konecny (tschech. Nat.-Soz.) bezeichnete das Schulgesetz als Halbheit und in der Hauptsache als einen unglücklichen Versuch, da die Religion und die religiöse Erziehung auch weiterhin in der Schule belassen werde. (Protestrufe bei den Klerikalen, besonders bei der slowak. Volkspartei.) Er trat entschieden für die Laikalmoral ein.

Hierauf sprechen Senatorin Herzog (Dnat.), Sen. Smrka (tschech. Agr.), Sen. Kobalil (slow. Volksp.), der hauptsächlich die Ausführungen Konecny's bekämpfte, und die religiöse Erziehung der Schule befürwortete, Sen. Babla (slow. tschech. Soz.-Dem.), welcher die Schule dem Wirkungskreise der Kirche entzogen wissen will und die achtjährige Schulpflicht auch für die Slowakei verlangte, Sen. Durvaschy (slow. Agr.) besprach die Belehrung des heiligen Augustin. Nach Sen. Marek (tsch. Nat.-Dem.) sprach

Sen. Hilgenreiner, der zunächst die Verbesserungen am Lehrereparitätsgesetz hervorhob und hierauf auf das Thema der religiösen Erziehung einging. Die lex Kretal und Bartosek, welche die Religion aus den Schulen verbannt, hat zur Verbreitung des Christentums beigetragen.

Zwischenruf: Das Christentum hat den Weltkrieg gebracht.

Sen. Link: Die Kirche hat die größten Verbrechen begangen.

Sen. Hilgenreiner: Für das Kind bedeutet die Religion Konfession.

Sen. Link: Religiös erzogene Kinder läßt die Kirche verhungern.

Sen. Hilgenreiner: Daß der Sozialist gegen die Religion anstürmt, ist begreiflich.

Sen. Kretal: Wir bekämpfen nicht die Religion, sondern die Kirche, weil sie ein Instrument der herrschenden Klassen ist.

Sen. Hilgenreiner: Die Sozialisten sind Materialisten. Ihre Geschlechtemoral gibt ihnen kein Recht, die religiöse Erziehung zu bekämpfen.

Sen. Richter: Ihre Kollegen haben Waffen besegnet. Das ist auch „höhere Sittlichkeit“.

Sen. Hilgenreiner: Das sind alle Dinge, die man immer ausgebracht hat. Wenn man den Abschied der Krieger besegnet hat, hat man nicht die Waffen besegnet (!). Für die Waffen sind keine anderen moralischen Kräfte als die Religion allein nötig. Wer sittlich ist, kämpft für die Religion.

Sen. Stark: Für die Beibehaltung der Dummheit!

Senator Hilgenreiner erklärte zum Schlusse, seine Partei werde für beide Vorlagen stimmen. (Beifall auch bei den Deutschnationalen und den deutschen Agrariern.)

Nach den Ausführungen des kommunistischen Oppositionsredners Kobalil und des Klerikalen Rejs, bei dessen Rede es ebenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen kam, sprach

**Senator Genosse Polach**

dessen Rede wir morgen bringen.

Das kleine Schulgesetz wurde gegen Witternackt angenommen. — Bei Schluß des Abends wird über die Gemeindevahlordnung beraten.

**Die Vorfälle in Leitmeritz.**

In der gestrigen Sitzung des Senates hat die Regierung die Interpellationen wegen der bekannten Vorfälle von Leitmeritz schriftlich beantwortet. Die Interpellationsbeantwortung sucht die Schuld an diesen Vorfällen beiden Teilen zuzuschreiben, dennoch kommt sie schließlich an der Tatsache nicht vorbei, daß die Hauptschuld an den blutigen Vorfällen die tschechischen Demonstranten, vor allem die Legionäre betrifft. In der Antwort wird erzählt, daß an der Spitze des deutschen Zuges die Vereinsfahne in den Farben schwarz-rot-gold getragen wurde. In der Marschstraße wurde der Zug von einer Gruppe mit lebhaften Heulrufen begrüßt, welchen Ruf der Fahnenträger durch Schwanken der Fahne erwiderte. Dann heißt es in der Antwort:

„Aus bisher unbekannter Ursache drangen hierauf vier junge Männer in die Reihen der Turner bis zum Fahnenträger, rissen ihm die Fahne vom Schafte und wollten damit wegellen, was ihnen aber nicht gelang. Beim Ringen um die Fahne wurden drei von ihnen verletzt, alle durchaus leicht. Auch vier Turner trugen leichte Verletzungen davon. In dem Gedränge, welches dabei entstand, wurde einem anwesenden demobilisierten russischen Legionär nach seiner Angabe von einem Teilnehmer am Festzuge das Band der tschechoslowakischen Revolutionsmedaille, das er an der Brust trug, heruntergerissen, auf die Erde geworfen und zertrümmert, wobei der betreffende Turner die Legionäre beschimpfte. Andere Turner schlugen und stießen den Legionär. Die Aufregung, die aus diesen Vorgängen entstand, wurde durch die Bemerkungen eines Turners noch erhöht, die unter den gegebenen Umständen aufreizend wirkten.“

Die Darstellung, welche die Antwort der Regierung hier gibt, ist ein wenig dunkel. Zuerst spricht sie nur von vier jungen Männern, ohne dann zu sagen, wieso der russische Legionär ins Gedränge kam und was er dort suchte. Die Interpellationsbeantwortung berichtet dann, daß bei diesem ersten Zusammenstoß einige Leute verhaftet, nach Sicherstellung ihrer Personalien auf

freien Fuß gesetzt wurden und sich dann nach Theresienstadt begaben, um von dort Hilfe zum Zwecke der Vergeltung zu holen. Nach 4 Uhr seien wirklich Gruppen von Demonstranten, unter denen sich auch eine gewisse Anzahl von Soldaten und demobilisierten Legionären befand, erschienen, welche auf die Insel, wo das Schaulager abgehalten wurde, vordringen wollten, welche Absicht durch die Gendarmerie vereitelt wurde. Da sich die Situation drohend gestaltete, sei der Gendarmelordon durch militärische Beistand verstärkt worden. Nach der Aufforderung des erschienenen Kommandanten der dritten Infanteriedivision hätten sich die Soldaten ernannt. Es sei nicht beobachtet worden, daß die Demonstranten den Leitmeritzer Bürgermeister bei seinem Erscheinen beschimpft hätten oder groß gegen ihn vorgegangen wären. Auch sei nicht festgestellt worden, daß die Demonstranten die Teilnehmer an der Feier bedroht hätten. Um etwa 8 Uhr abends entfernten sich die militärischen Kräfte und auch die Teilnehmer am Schaulager begannen sich zu entfernen. Um einem Zusammenstoß mit den tschechischen Demonstranten auszuweichen, verließen sie die Insel auf einem anderen Wege, um über die Bahnhofstraße in die Stadt zu gelangen. Daß von diesem Abzug der intervenierende politische Beamte nicht verständigt wurde, hält die Interpellationsbeantwortung für die Hauptursache an den nun folgenden blutigen Vorfällen. Die Antwort gibt zu, daß die Teilnehmer, hauptsächlich Kinder, von Soldaten und Zivilisten angefallen wurden, die sie schlugen und nach ihnen mit Steinen warfen. Die bald darauf erschienene Gendarmerie habe die Ordnung rasch hergestellt. Fast zur selben Zeit ertönte das militärische Signal, das die Soldaten in die Kasernen zurückrief, welchem Signal das Militär Folge leistete. Eine Reihe von Personen habe sich lesbare Zeichen von Verletzungen davongetragen. Einer der deutschen Festteilnehmer behauptet, daß ihm im Gedränge ein Betrag von 150 Kronen entwendet wurde. Wegen Störung der öffentlichen Ruhe wurden zwei Zivilpersonen dem Kreisgerichte von Leitmeritz eingeliefert und gegen 17 Personen die Strafanzeige erstattet. Das militärische Strafverfahren gegen die festgestellten militärischen Personen, welche sich Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen, ist im Zuge. Die Regierung bedauert, ohne Unterschied des Standes und der Nationalität gegen alle durchgeführt werde, welche sich strafbarer Taten schuldig gemacht haben. „Selbstverständlich“ werde auch mit der größten Strenge gegen jene Soldaten vorgegangen werden, die sich Ungeselligkeiten zuschulden kommen ließen.

**Die Begünstigungen in der Erfüllung der Wehrpflicht. — Die Marienbader Wetterkatastrophe.**

**Aus der Klubmännertkonferenz des Senates.**

Während der Hausung fand gestern im Senat eine Obmännertkonferenz statt. Wie bekannt, wurde die Regierungsvorlage über die Begünstigungen in der Erfüllung der Wehrpflicht im Abgeordnetenhaus zurückgezogen, weil unter den koalitierten Parteien darüber keine Einigung erzielt werden konnte. Es handelt sich in dieser Vorlage darum, daß Soldaten, welche sechs Monate gebient haben und entweder Familienhalter oder Eigentümer bäuerlicher Besitzungen oder Industrie- und landwirtschaftliche Arbeiter, ferner mittellose Hörer der Hochschule sind, von der restlichen Dienstpflicht befreit werden. Siebel setzte die Regierungsvorlage die Höchstzahl der zu Befreiten mit fünf Prozent fest. Nun haben die koalitierten Parteien hierüber verhandelt und bringen die Regierungsvorlage als eigenen Antrag mit der Abänderung ein, daß anstatt fünf Prozent der Mannschaft insgesamt 8000 Personen zu befreien sind. Dies bedeutet eine Erhöhung von ungefähr 2000. Senator Genosse Dr. Heller erklärte, daß er im Prinzip

Straßen der Passant, im Laden die Verkäuferin, im Gerichtssaal der Staatsanwalt, im Parlament der Oppositionsredner, auf dem Felde der Landarbeiter — sie alle halten im ganzen Lande auf einen Glockenschlag ein und widmen zehn Minuten des Gedankens einem Toten oder dem Rechtskampf der Lebenden.

Daß eine solche Arbeitseinstellung nicht nur viel wirksamer im Augenblick ist, sondern auch viel nachhaltiger auf die menschliche Seele und ihren eingeburzelt Respekt vor dem Feiertlichen einwirkt, ist auf der ganzen Welt bekannt. Nur in Berlin war es noch nie möglich, statt der ganz- oder halbtagigen Streiks gerade in den Stunden, in denen die Demonstranten selbst die Verkehrsmittel am meisten brauchen, einen zehnminütigen Streik durchzuführen. Nun hat man es endlich versucht und es ist gelungen. In ganz Deutschland ruhte bei der Post und bei der Eisenbahn der Verkehr zehn Minuten. Kein Gespräch wurde verbunden. Der Drost, der Tag und Nacht zehn bis fünfzig Sendungen gleichzeitig weiterstrahlte, bis fünfzig Sendungen gleichzeitig weiterstrahlte, vielleicht zum erstenmal, seitdem er über postierte, vielleicht in allen Eisenbahnzügen hatte man Ruhe, an den Nord und seine Folgen zu denken. Nur die Berliner Straßenbahn streifte durch und die Folge war das furchtbare Stadtbahnunglück, bei dem fünfzig Menschen in einigen Minuten einen furchtbaren Tod fanden. Wieder mußte die Arbeiterschaft erst durch grausame Erfahrungen erzogen werden. Am Tage der großen Demonstration durch den Berliner Westen gab es denn auch bei der Straßenbahn nur einen Sym-

Diese Berlin W.-Demonstration war wohl die schönste, die es je in Berlin gab. Ueber ein und eine halbe Stunde zogen über die ganze Breite des Kurfürstendamms in Dierziger Reihen mehrere hunderttausend Demonstranten, die weit her vom Osten, vom Norden, vom Süden, in langen Zügen heranzumarschiert waren, das ganze Straßenviertel um die Gedächtnisstraße mit der Schwärze der Hunderttausendfüßler füllten und dann nach und nach vorrückten. Bei dieser Riesendemonstration gab es keinen einzigen Zwischenfall, denn kein Zwischenfall sondern eine selbstverständliche Forderung war es, wenn lächelnd zuschauende Bourgeoisfamilien durch Zurufe gezwungen wurden, vor dem Zug den Hut abzulegen, wie weiland ein Hohenzoller vor den Leichen der Märzgefallenen. Jawohl, 5 u a b vor diesen Hunderttausend, die in glühendem Sonnendrand sechs bis zehn Stunden durch die Stadt über das heiße Asphalt marschierten, um in den Quartieren der Reichen, in den Brauer- und Schieberstraßen, im Bordellstättel der Bourgeois vor den farbigen Schildern von hundertsten Viktorien, Bars, Musikkaffees, in den Wörbergruben der Einwohnerwehren, Geheimorganisationen und Pöhschleier für den Schutz der Republik zu demonstrieren. Niemand hat der Westen diese Gestalten, diese Fahnen, diese Inskriften, diese Stundenlang währenden Hunderttausendstöße von Hoch und Nieder, Nieder, Nieder gehört. Und was diese Massen wollten, das war auf ihren Emblemen zu lesen: die U s r o t u n g d e r P e s t, die Deutschland vergiftet und seine wenigen, ach wie wenigen Männer von Geist mor-

det, die Entwaffnung und Auflösung der Geheimorganisationen, die Verhaftung und Verurteilung der Mörder, die im Dunkel oder auf leeren Wegen von hinten schießen und von hinten Geld in die Hand gedrückt bekommen, die Verhaftung der Räubersführer, der Lubendorff, Hindenburg, Helfferich, Escherich, die Säuberung der Reichswehr, der Justiz, der Verwaltung, kurz, was diese Menschen wollten, wonach sich ein einziger Schrei erhob, waren Taten, war die Tat, die kommen muß, wenn man nicht will, daß der Vulkan ausbricht, der sich nach den guten Worten Births unter der musterhaften Ruhe und Disziplin des Proletariates dem Kundigen zeigt.

Aber noch etwas anderes war an dieser Demonstration ergreifend. Ein großer, ein wer weiß wie großer Prozentsatz der Demonstranten, die doch alle in Berlin leben, haben zum ersten Mal diese Straßen, diese Lughäuser, diese Geschäfte gesehen. Was in den Geschäften war, haben diese Demonstranten allerdings nicht gesehen, denn vor dem Druck der Kommenden haben die Geschäfte zum ersten Mal brav und furchtsam mitgestreift, und sich in zum Teil hochkomplizierten Vermummungen verbarrikadiert. Was man alles für Gardinen herunterzog, um den Demonstranten nicht zu verraten, was für Lughäuser hier verborgen sind, bereit für jeden, der sich das Geld dazu erspähen hat, das mußte gemalt und gezeichnet werden. Uebrigens wirkte zum ersten Mal bei den Plakaten und Bannern die Kunst mit. Eine Gruppe jugendlicher trug hoch ein Plakat von George Grosz: Plak, der Arbeiter kommt! Ein Arbeiter schreitet energisch vor-

wärts, während sein Fuß einen am Boden liegenden Kapitalisten, der angstvoll einen dicken Geldbeutel festhält, beiseite schiebt. Ueberall, wo das Plakat sichtbar wurde, wurde es mit Beifall aufgenommen.

Daß diese hinreichenden Demonstrationstage einen ungeschönten Ausgang im Buchdruckerstreik nahmen, kann nur im Interesse des Proletariats bedauert werden. Wenn diese Zeilen gedruckt werden, ist der Streik wohl beendet. Aber leider wird noch, auch in weiteren Kreisen der Arbeiterschaft und bei der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Führung, das Gefühl des Bedauerns zurückbleiben, daß durch einen rein wirtschaftlichen Streik in dem Augenblick die ganze Presse lahmgelegt wurde, in dem ein großer Teil dieser Presse im Kampfe für die Republik stand. Inzwischen ist bereits ein deutlicher Ruck nach rechts eingetreten und die zeitungslöse Zeit war das beste Mittel, die zum Teil ehlich mitempörte Bourgeoisie zu beruhigen und auf eine Rechtsanlehnung der Demokraten vorzubereiten. Wie das nun wird, geht uns an dieser Stelle nichts an; jedenfalls zeigte sich wieder die Notwendigkeit, eine stärkere Gefühlserziehung der Arbeiterschaft durchzuführen. Eine gefühlstarke Arbeiterschaft wird immer der beste Vertreter proletarischer Interessen sein.

Berlin wird in einigen Tagen wieder das alte Bild bieten: Ruhe, Kälte, Fleiß, Not und Schiebung. Umso mehr werden die Führer zu sorgen haben, daß das heilige Feuer nicht erlischt. Hell Stöbinger.

der Vorlage zustimme, jedoch verlange, daß in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach bei der Befreiung von der Militärpflicht die verschiedenen Kategorien (Familienhalter, Bauern und Arbeiter) in gleichmäßiger Weise berücksichtigt werden. Diesem Antrag stimmten die Vertreter der übrigen Parteien zu. Die Vorlage dürfte daher in der heutigen Sitzung zur Annahme gelangen. Ferner soll eine Resolution, welche die Unterstützung slowakischer Abbrändler zum Inhalte hat, angenommen werden. Genosse Dr. Veller verwies auf die Wetterkatastrophe, die vor wenigen Tagen in Marienbad stattfand, und verlangte, daß die Regierung aufgefordert werde, den auch von dieser Katastrophe Betroffenen Unterstützung zu gewähren. Auch diesem Antrag wurde zugestimmt.

**Aus dem Wehrausschuß.**

Für den 12. d. M. war eine Sitzung des Wehrausschusses des Senates einberufen worden, für die keine Tagesordnung vorlag, weil angeblich nur Beschwerden vorgebracht werden sollten. Der Gewohnheits Senator Link verlangte über die Fliegerunfälle Auskunft, die in der letzten Zeit vorgekommen und bei denen mehrere Menschen umkamen und teures Material vernichtet wurde. Der Armeesinspektor Machar gab eine ganz unzulängliche Erklärung ab. Diese Unfälle seien auf Windböen und auf die Übungen zurückzuführen. Die zweite Anfrage des Senatoren Link, ob alle Vorkehrungen getroffen wurden, daß nach den militärischen Übungen im Altvatergebirge nicht wieder wie im Vorjahre durch Blindgänger und liegendgebliebene Geschosse schwere Unfälle vorkommen können, wurde vom Militärsinspektor Machar dahin beantwortet, daß er nicht ermächtigt sei, nähere Aufklärungen zu geben. Mit vollem Rechte sagte darauf Senator Genosse Dr. Bieschowski, daß das keine Beantwortung in dem Sinne sei, wie sie Link verlangt habe. Wozu dann noch der Wehrausschuß Sitzungen abhält, wenn der Vertreter der Militärverwaltung keine Auskünfte geben kann, das wissen die Götter.

**Inland.**

**Reklame für den Stinkbombenhelden.** Herr Dr. Baeran betreibt in seinem Blatte, dem „Brünner Montagsblatt“ allmorgentlich eine so didaktisch getragene Reklame für sich, wie sie nur noch von der berühmten Barnum'schen Zirkusreklame übertroffen wird. Vor einigen Tagen war er in Lechwitz in Südmähren. Herr Dr. Baeran läßt in seinem Blatte darüber erzählen:

„Der lang gehegte Wunsch, den krammsten Abgeordneten unseres Volkes in unserer Mitte zu sehen, ging uns in Erfüllung. Ein Familienfest war es für die Gemeinde, eine nicht nach Tausenden zählende Menschenmenge, die den Baeranversammlungen eigen ist, nein, eine Feier, die mit goldenen Lettern in der Geschichte unseres Heimatdorfes stehen wird.“

Das „Familienfest für die Gemeinde“ hub so an, daß Herr Baeran am Kriegerdenkmal einen Eisenkranz niederlegte und dann in einer Versammlung sprach. Darüber heißt es:

„Hierauf ergriff Abg. Baeran, der gleich beim Betreten des Saales mit kräftigstem Heil begrüßt wurde, das Wort. Gleich durch seine Anfangsworte fesselte er die Zuhörerschaft. . . . In kurzen Zügen schilderte er dann die Geschichte des tschechischen Staates und erzählte, wie Lufar, Kofas (Kriegsgemüthler, das Wort kommt nach Meinung Baerans von Kriegen) und Bemesch — Bismarck der Tschechen (mit „B“ beginnen beide, sonst aber haben sie nichts gemein) reich geworden sind, und jetzt ein Gut nach dem anderen im In- und Auslande aufkaufen, während sie früher nicht einmal eine gute Hofe zum Anziehen hatten. . . . Mit dem Auktionsworte: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr“ schloß Dr. Baeran seine Ausführungen unter stürmischem Beifall.“

Man beachte vor allem, was für überwältigende Worte Herr Dr. Baeran zu reihen vermag! Man kann nach dem ihnen folgenden „stürmischen Beifall“ auf die geistige Bedürfnislosigkeit seiner Zuhörer Schlüsse ziehen. Es heißt dann:

„Nach ihm ergriff nochmals Herr Wagner das Wort und feierte Dr. Baeran als Helden unseres Volkes, wies auf die Bedeutung der Stinkbombe (bei diesem Worte lang anhaltender Beifall) hin, die er gegen die Vorderwand des Sitzungssaales geschleudert hatte. Durch diesen Wurf ist es der Welt bekannt geworden, wie es in unserem Staate zugeht. Während der Worte Wagners erhebt sich die ganze Versammlung von den Sitzen zu Ehren Dr. Baerans und brachte ihm stürmische Huldigungen dar.“

Die Forderungen der „russischen Nationalpartei“ in der Slowakei. Wie die „Lidobe Roviny“ melden, wurde in der Slowakei vor kurzem die sogenannte „russische Nationalpartei“ begründet. Sie soll vor allem den östlichen Teil dieses Landes vertreten, der als „russisch“ erklärt wird. In einer für Volksversammlungen abgefaßten Resolution fordert die Partei, daß der Unterricht in Slowakischen aus der ersten und zweiten Klasse „russisch“ gelehrt werde, daß man den Ausdruck „Russen“ und nicht „Ruthenen“ verwende, daß alle slowakischen Russen im großen Raschauer Gau vereint würden und dort die Majorität erhalten, daß man ein russisches Gymnasium, eine russische Realschule und eine russische Rechtsakademie errichte. Gleichzeitig verlangt die Partei, daß alle Schulinspektoren der Slowakei Russen sein sollen.

**Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.**

**Dritter Verhandlungstag.**

Der gestrige letzte Verhandlungstag war hauptsächlich der am Vortage unterbrochenen Beratung über „Unsere Erfahrungen mit dem Betriebsratsgesetz und seine Reform“, gewidmet. Es referierte hierzu, zunächst Genosse Kofron (Bräu). Er legte die Uebelstände dar, welche durch die dem Gesetze selbst anhaftenden Mängel entstehen, namentlich aber durch die Fehler der Durchführungsbestimmungen. So ist bisher noch nicht bestimmt, ob zum Beispiel die 2000 Baggearbeiter in den Bereich der Betriebsräte oder der Betriebsausschüsse gehören, das Gleiche gilt von den Arbeitern in den Kraftwerken der verschiedenen Gruben. Die Unternehmer wollen diese Arbeiter nicht in den Betriebsräten haben. Viele Unternehmer entlassen alle Arbeiter, bevor diese jeweils sechs Monate im Betriebe beschäftigt sind, damit ein Betriebsrat nicht zustande kommen kann, oder sie stellen nur Leute ein, welche nicht Berufsbergarbeiter, noch nicht zwei Jahre im Berufe tätig sind, und deshalb in den Betriebsrat nicht wählbar sind. Wenn aber auch das Gesetz den Arbeitern gewisse beschiedene Rechte einräumt, wie zum Beispiel, daß Entlassungen nur im Einvernehmen mit den Betriebsräten vorgenommen werden dürfen, so hat die Durchführungsverordnung dies wieder zunichte gemacht, weil der Unternehmer darin nicht verpflichtet wurde die Anträge der Betriebsräte auch auszuführen. Das Gleiche gilt von dem im Gesetze vorgesehenen Rechte der Betriebsräte auf Anträge zu den Sicherheitsvorkehrungen und zur Verbesserung oder Vereinfachung der Produktion. Die Anträge wandern in den Papierkorb der Unternehmer, und Beschwerden bringen keinerlei Abhilfe. So wurde von dem Betriebsrat, vor einiger Zeit, über die höchst gefährlichen Zustände in einer westböhmischen Grube die Anzeige an das Revierbergamt erstattet. Dort wurde vom Unternehmer erklärt, es sei nicht Sache der Arbeiter dies zu untersuchen. Es geschah nichts, bis kurz darauf dem angezeigten Umstand vier Menschenleben zum Opfer fielen, und es war ein Glück, daß nicht eine noch größere Katastrophe eintrat. Die Schiedsgerichte versagen meistens und eine einheitliche Jurisdiktion ist gar nicht vorhanden. Durch die Entlassungen der geleerten und durch Aufnahme ungelerner Arbeiter, ist die Unfall- und Kranken-Zahl gewaltig gestiegen und es ist auch die Gefahr eine viel höhere, namentlich wenn berücksichtigt wird, daß allein in den nordwestböhmischen Revieren seit Jänner 1921, 7200 Nichtberufsarbeiter in den Bergbauen eingestellt wurden. An einer großen Anzahl von Fällen wies Genosse Kofron nach, daß das Gesetz und seine Durchführungsart unhaltbar ist, und er beantragte die Wahl einer Kommission, welche die vielen Mängel zu sammeln und die Reformierungsanträge zu stellen hätte.

Als nächster Referent kam Genosse Orda (Mähr.-Ostrau) zum Wort. Er schilderte die Leidensgeschichte der Betriebsräte, deren Statuten schon seit einundeinhalb Jahren bei den Behörden liegen und noch nicht genehmigt sind. Auch die Betriebsräte sind durch die Durchführungsverordnung wertlos geworden, denn in ihnen hat in den meisten Fällen, nicht nach dem Gesetze, aber nach der Durchführungsverordnung, welche dem Gesetze widerspricht, der Unternehmer die Stimmenerhebung. Auch die Wahrung des Geheimnisses ist ein Behinderungsmittel der Betriebsräte, denn der Unternehmer braucht einfach alles dort Verhandelte als Geschäftsgeheimnis zu erklären, und die gewählten Räte dürfen dann nicht einmal ihren Wählern sagen was im Betriebsrat vorgeht.

Es entwickelte sich über diesen Gegenstand eine eingehende Debatte, in welcher geradezu schreiende Uebelstände in der Durchführung dieses Gesetzes von den Delegierten aufgedeckt wurden. Zusammengefaßt sind die Mängel, erstens die schlechte Durchführungsverordnung, zweitens die Sabotage durch die Unternehmer, und drittens die Gleichgültigkeit der Behörden, ja deren Arbeiterfeindlichkeit, die schon daraus ersichtlich ist, daß

und zum Schlusse heißt es „Unbergehtlich wird uns dieser Tag sein!“ Wen geht bei dieser aufdringlichen Reklame nicht das Brechen an! Und an solchem „Wesen“ soll „die Welt genesen“! . . .

Der Exekutivsausschuß der tschechischen Agrarpartei hat sich gestern konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Svehla gewählt.

Die Durchführungsverordnungen zum Sprachengesetz sollen im Herbst erscheinen. Das Gesetz ist bereits im Jahre 1919 beschlossen worden, die tschechischen Mehrheitsparteien konnten sich bisher über seine Handhabung nicht einigen.

**Ausland.**

**Neue Waffensunde in Deutschland.**

In der letzten Zeit häufen sich in Deutschland wieder die Waffensunde. Die Verfolgung der Wörberspuren und die gesteigerte Tätigkeit der Polizei, insbesondere in Sachsen, hat in den letzten Wochen wiederholt auf geheime Waffenverbünde gelenkt. Ein Waffensund ist aber, wie dem „Vorwärts“ aus Kiel gemeldet wird, in dem dortigen Marinearsenal durch eine Entente-Kommission gemacht worden. In Rissen verpaid fand man 166 leichte und 28 schwere Maschinengewehre, 42 Maschinengewehre allerneuesten Systems und 18 Stangenfernrohre. Natürlich wollten die verant-

wortlichen Leiter des Arsenal von diesem Waffenlager nichts wissen.

Daß dieser Fund nicht ohne ernste Folgen bleiben wird, liegt auf der Hand. Wiederholt hatten Vertreter der deutschen Regierung und auch der Reichskanzler Birck selbst von der Tribüne des Reichstages erklärt, daß nennenswerte Waffensunden nicht mehr verborgen gehalten werden und nun entdeckt man in einem amtlichen Werk ein solches Waffensund! Zunächst dürfte dieser Vertrieh, in dem heute 800 Arbeiter und 200 Angestellte beschäftigt sind, auf Verlangen der Entente geschlossen werden müssen. Die verhängnisvollere Folge scheint jedoch zu bestehen, daß die Revanchefurcht, in welcher insbesondere die französische Bevölkerung von den Chauvinisten gehalten wird, neue Nahrung erhält und daß die Entente die Beibehaltung der vielen kostspieligen Kommissionen weiter als unumgänglich erachtet.

Die sozialistische Partei Rumäniens an die Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Die sozialistische Partei Rumäniens hielt am 25. Juni in Bukarest unter Vorsitz des Genossen Popodici eine Parteikonferenz ab, in der Genosse Moskovič das Referat erstattete. Er warf einen Rückblick auf die Ereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung und wies auf die tiefgehenden Differenzen zwischen den Anschauungen der rumä-

nischen Arbeiterschaft und der Taktik der Dritten Internationale hin. Nach dem Referat beschloß die Konferenz einstimmig den Anschluß der sozialistischen Partei Rumäniens an die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien.

**Die Wahlen in Finnland.**

Bei den Reichstagswahlen erhielt die finnische Koalitionspartei 35 Mandate, die Schwedische Volkspartei 25, die fortschrittliche Partei 15, die Bauernpartei 45, die Sozialdemokraten 53 und die Kommunisten 27 Mandate. Einen Wahlsieg errang die finnische Koalition mit sieben und die Schwedische Volkspartei mit drei neuen Mandaten. Von den Mittelparteien verloren die fortschrittliche 11, während die Bauernpartei drei Mandate gewann.

**Telegramme.**

**Die Internationale Konferenz in Amsterdam.**

Berlin, 13. Juli (Eigenbericht). Der Internationale Gewerkschaftsbund hat befallentlich die Exekutivkomitees der Zweiten Internationale und der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien für den 18. Juli nach Amsterdam zu einer gemeinsamen Konferenz eingeladen. Sowohl die Londoner Internationale als auch die Wiener Arbeitsgemeinschaft haben die Einladung angenommen, doch ist von den deutschen Sozialdemokraten und von den Unabhängigen angesichts der schwierigen innerpolitischen Lage die Verlegung der Konferenz auf den 20. Juli beantragt.

**Aus dem Reichstag.**

Berlin, 13. Juli. (Wolff.) Der Reichstag nahm endgültig den Gesetzesentwurf an, welcher die Regierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Anhörung des Wirtschaftsrates und eines Ausschusses des Reichstages mit Zustimmung des Reichsrates die Eingangszölle zu erhöhen, herabzusetzen oder neue Zölle einzuführen. Ebenso wurde endgültig der Staatsvertrag über den Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich angenommen. Es folgte hierauf die zweite Beratung des Gesetzes über die Straffreiheit für politische Straftaten (Amnestiegesetz). Nach dem vom Ausschusse angenommenen Entwurfe soll sich die Amnestie auf alle Personen erstrecken, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen teilgenommen haben oder die im Jahre 1921 von einem außerordentlichen Gerichtshof verurteilt wurden, sofern die Handlung nicht lediglich auf nichtpolitischen Beweggründen beruht. Die Sozialdemokraten halten die Amnestie für ungenügend notwendig, die Vorlage sei jedoch nicht ausreichend. Die Amnestie müsse auch bis auf die im Jahre 1918 zurückliegenden Straftaten ausgedehnt werden und müßte auch auf Bayern Anwendung finden. Sie beantragen die Amnestie für alle Handlungen, die im Zusammenhang mit dem letzten Eisenbahnstreik stehen. Ausgeschlossen von der Amnestie sollen die Handlungen sein, die zur Förderung monarchistischer Bestrebungen oder des Rapp-Rußes begangen worden sind.

Berlin, 13. Juli. (Wolff.) Im Reichstage wurden die einzelnen Paragraphen des Amnestiegesetzes in der Ausschlußfassung gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die dritte Lesung folgt später. Eine Entschließung, welche Milde gegen die am Streik beteiligten Eisenbahner empfiehlt, wurde einstimmig angenommen.

**Ein Anfang.**

Berlin, 13. Juli. (Wolff.) Bisher sind für das preussische Staatsgebiet folgende Organisationen aufgelöst worden: Der Verband der national gesinnten Soldaten, der Bund der Aufrechten, der deutschvölkische Schutz- und Trugbund und der „Stahlhelm“.

**Lloyd George über das Moratorium.**

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage Wedgwoods erklärte Lloyd George im Unterhause: Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Mitteilung wegen eines weiteren Moratoriums übersandt. Der Wortlaut dieser Mitteilung wird veröffentlicht werden. Es wird notwendig sein, daß die britische Regierung und die anderen Regierungen diese Angelegenheit einer ersten Prüfung unterziehen und sie untereinander und auch mit der Reparationskommission beraten. Ueber die Haltung der britischen Regierung könne er sagen, daß sie der Ansicht sei, es scheine absolut notwendig, daß Deutschland ein solcher Zahlungsrückschub gewährt wird, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und damit es die Möglichkeit erlange, so bald als möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten.

**Die hanger Konferenz im Sterben.**

Haag, 12. Juli (Sabas). Die Aussprache über das Privatigentum wurde definitiv abgeschlossen, sie brachte jedoch keine Klarung. Die Debatte betreffend die Frage der Schulden brachte gleichfalls keine Klarung und es ist wahrscheinlich, daß sie das Schicksal der Aussprache über das Privatigentum teilen wird. Am Freitag findet die letzte Sitzung in der Angelegenheit der Kredite statt.

# Tages-Neuigkeiten. Die Kastenmacherin.

Unsere Kistenfabrik hat auch eine Kastenabteilung. Schmuckkästen, Schatullen, Etuis, Bezirktaschen, Spieldosengehäuse und Instrumentenkästen — das alles geht bis zur letzten Vollendung durch die Hände von uns Frauen und Mädchen. Wir sehen die uns von der Schreinerin und von der Dreherei gefertigten Einzelteile zusammen, wir liefern das Fertigstück.

Seit zwanzig Jahren mache ich täglich die gleichen Handgriffe — ich, die unverschämte Anna Klamm. Und seit drei Jahren arbeite neben mir auch meine Tochter Frieda, mein jetzt achtzehnjähriges uneheliches Kind.

Ich habe viel gehofft, und ich habe immer Hoffn für mein Hoffen eingetauscht. Jetzt ist alles aus, für mich erhoffe ich nichts mehr. Alles jedoch erhoffe ich für mein Kind, für meine Frieda.

Aber neben all meinem Hoffen steht immer ein grinsendes Geschöpf, das flüstert mit mit Totenschädelmännern ins Ohr: Was ist da zu hoffen, deine Tochter ist viel zu schön.

Ja, Frieda ist schön — sehr schön ist sie — sie ist schöner als ich jemals war. Das hat sie vom Vater. Aber diese ihre Schönheit ist ihre Gefahr. Wird die Großstadt — dieser teuflische Magnet, der die wahren Tugendheiler lustig an sich reißt.

Nach einem Jahr, Frieda ist fort, ich wohne nicht mehr. Mit ihr schwand mein letzter Sonnenstrahl. Ich arbeite an einer Schatulle. In einer Stunde ist sie fertig. In irgendeiner anderen Fabrik wird diese Schatulle mit roten Samt ausgefächelt. Dann läuft sie ein Cavalier. Der schenkt sie einer Geliebten — und diese wird meine Tochter sein. Ich arbeite an einem Instrumentenkasten. In einer Stunde ist er fertig. Ich sehe, wie ein Arzt dem hellgelb polierten Kästen ein scharfes Instrument entnimmt — ich sehe, wie der Arzt an ein n schliefen Frauenkleid herum-schneidet — und dieser Frauenkleid ist der gewundete Körper meiner kranken Tochter Frieda. Wozu lebe ich noch? Warum gehe ich nicht fort? Der Weg zum Grab ist kurz.

**Die Chauvinisten von hüben und drüben.** Der Reichsberger „Vorwärts“ berichtet folgenden empörenden deutsch-nationalen Ueberfall auf kommunistische Arbeiter aus Schumburg a. d. Delle: Sonntag, den 9. Juli, befanden sich einige Kommunisten etwa um Mitternacht in der Nähe des Gasthauses des Herrn Michler in Schumburg auf der Straße auf dem Heimwege. Sie gingen ganz ruhig. Als sie nun vor diesem Gasthaus nichts ahnend, tschechisch untereinander sprachen, da stürzte auf sie mit gemeinen Schimpfworten auf die Tische der deutsch-nationalen Hebe Donth los. Als er von dem Kommunisten über — zufällig auch einem Deutschen — ganz höflich auf sein unwürdiges Benehmen aufmerksam gemacht wurde, da stürzte sich dieser deutsch-nationale wütend auf ihn, schlug ihn durch einen kräftigen Hieb ins Gesicht zu Boden und trat ihn in den Bauch. Inzwischen kamen noch einige ähnliche Individuen heraus, die auf den mit seiner Frau vorausgehenden Kommunisten Kulstein losgingen und ihn so brutal prügelten, daß er bewußtlos liegen blieb. Die Wüteriche verschonten nicht einmal seine Frau, die sich bemühte, ihren Mann gegen die Gewalttätigkeiten zu verteidigen. „Da hab' Ihr die Vergeltung für Komotau“, schrien sie. Erst als durch das Geschrei die in der Umgebung Wohnenden herbeigerufen wurden, ließen sie von ihrem schändlichen Treiben ab. Es besteht die Gefahr, daß der Schwere

# Das furchtbare Sterben in Rußland.

## In Kiew, Charlow und Odessa verhungern Flüchtlinge und Kinder auf der Straße.

**Kiew, 13. Juli.** Der Delegierte Dubersa, hat, aus der Ukraine zurückgekehrt, dem Genfer Hilfskomitee für das hungernde Rußland einen erschütternden Bericht über die furchtbare Lage erstattet, die in den Städten Kiew, Charlow und Odessa herrscht. Darnach verfügt Kiew nicht mehr über die Lebensmittel zur Verpflegung der Flüchtlinge. Diese bleiben ohne Hilfe am Bahnhofs liegen, wo sie elend sterben. In Charlow, dem Sitz der ukrainischen Regierung, irren hungernde Kinder auf den Bahnhöfen der Eisenbahn umher, ohne daß sich jemand um ihre Not kümmert, sodaß sie zusammenbrechen und sterben. Auf diesem Bahnhofe sammelt sich

oft eine Menge von 7000 bis 8000 Flüchtlingen auf einmal an. Die Charlower Behörden mußten die Spitäler schließen, weil sie weder Medikamente noch Lebensmittel besitzen. Aehnliche Zustände herrschen in Odessa und längs der Eisenbahn Charlow-Odessa. Die Leichen liegen oft tagelang auf der Straße, bevor sie in ein gemeinsames Grab geworfen werden. Viele Leichen waren, bevor sie bestattet wurden, nicht nur von Ratten, sondern auch von Hungernden angenagt. Das ganze Gebiet zwischen Odessa und Kiew, das einst zu den schönsten Gegenden der Ukraine gehörte, liegt jetzt vollständig brach.

verwundete Kulstein ein Auge verliert. Die Angreifer — ihre Namen sind Donth Josef, Donth Ernst, Breußler und Kober — wurden bisher nicht verhaftet. — Der „Vorwärts“, dem die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung überlassen bleibt, schließt die Bemerkungen, die er an dieses rohe Bubenstück deutscher Chauvinisten knüpft, mit dem Rufe: „Nieder mit der chauvinistischen Hebe der deutschen und tschechischen Bourgeoisie!“ Diesen alten Kampfruf unserer Partei erheben auch wir wiederum angesichts der schändlichen Ereignisse von Leitmeritz, Wiesa und Schumburg.

**Wetterkatastrophe in Mähren.** Mittwoch nachmittags ging in der nördlichen und nordwestlichen Umgebung von Brünn, sowie in der Stadt selbst ein furchtbares Hagelwetter, verbunden mit einem Wolkenbruch nieder. Das Unwetter, das von Waidau und Tribau südwärts zog, begann in der Umgebung von Lettowitz katastrophal zu werden. Die ganzen Fluren zwischen Lettowitz und Raib wurden von dem niederfallenden Hagelgeschlag vernichtet, die Wasserfluten wühlten die Straßen und Wege auf und zerstörten stellenweise die Bahnlinie Prag-Brünn fast vollständig. Der aus den Ufern ausgetretene Jwittawitz riß die Uferböschungen weg, unterspülte den Eisenbahndamm und die Brückenpfeiler und legte die Telegrafenleitung um. In diesem Gebiete ist die Ernte fast vollständig vernichtet, wie auch die Bäume ihrer ganzen Blätter beraubt sind. Am furchtbarsten wütete jedoch das Unwetter im Tale der Schwazawa. Dieser Fluß stieg binnen einer Stunde um einen Meter und riß alles mit, was ihm in den Weg kam. In Lomnitschlo wurden zwei Bauernhäuser von den Fluten weggerissen, wobei zwei Menschen, ein Vater und seine Tochter den Tod in den Fluten fanden. Auch in anderen Ortschaften wurde im Tale der Schwazawa großer Schaden angerichtet. Ueber die Störungen der Eisenbahnstrecke berichtete die Brünnener Staatsbahndirektion, daß zwischen Tschonowitz und Doudrawitz die Eisenbahnverbindung ab fünf Uhr nachmittags am Mittwoch unfahrbar geworden ist. Diese Verkehrsstörung bezieht sich auf die Bahnverbindung im Schwarzawatale. Die Verbindung Prag-Brünn wird auf dem rechten Ufer aufrecht erhalten. — Hierzu wird uns weiter gemeldet: Die Gemeinden Scherlowitz und Lomnitschlo haben unter dem Unwetter am schwersten gelitten. Im ganzen sind fünf Personen ertrunken. Die zwei genannten Gemeinden, die im Tschonowitzer Gebiete liegen, sind fast vollständig zerstört worden. Wolkenbruch und Hagelgeschlag, die über diese Gebiete herniedergingen, wüteten in diesen Dör-

fern am heftigsten. In Scherlowitz wurden 64 Häuser unter Wasser gesetzt, nur zwei Häuser blieben verschont. An Menschenleben wurde hier ein Opfer gefordert: der 60jährige Häusler Ambros, welcher eine Kuh aus seinem Stall führen wollte. In Lomnitschlo fielen vier Leute der Katastrophe zum Opfer. Eine Anzahl von Leuten konnte nur durch Zufall gerettet werden. Entsetzlich wütete auch das Wetter im Gebiete von Stalitz, in Letranitz, wo sehr viele Wirtschaften hinweggerissen wurden, so in Jestkeby, wo 50 Häuser weggerissen wurden und 70 Familien obdachlos geworden sind. In Lajnow wurde ungeheurer Flurschaden angerichtet; in Drnowitz ertranken zahlreiche Ochsen. Am schrecklichsten wurde hier die Gemeinde Dysh hergenommen; Wege wurden aufgerissen, Brücken hinweggerissen, sodaß die Zufuhr hier nicht möglich war. Das Wasser stand bis 130 Zentimeter hoch in den Häusern. Die Einwohner von Krucenow konnten sich nur durch Leitern von Haus zu Haus retten; in diesem Orte sind drei Bräuen verchwunden. In Latschnow wurde die 18jährige Sedlaczek von dem Sturme erfasst und in die Wogen geschleudert, wo sie ertrank. Schwer litten auch die Gemeinden im Gerna Dora, im Borzilow und im Wlankow Gebiet.

**Der D. S. B. treibt monarchistische Propaganda.** In Hamburg, dem Hauptsitze des D. S. B., sind am 4. Juli 25 Angehörige der Mörderorganisation C in Haft genommen worden. Unter den 25 Mann befanden sich nicht weniger als 21 Handlungsgesellen. Das wird dadurch erklärlich, daß der D. S. B. in der letzten Zeit eine ausge-sprochene monarchistische Propaganda betreibt. In der Zeitschrift „Der deutsche Kaufmann im Auslande“, welche vom deutsch-nationalen Handlungsgesellenverband herausgegeben wird, schreibt am 20. Juni 1922 der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Walther das folgende: „Ein dauernd wachsender Teil des deutschen Volkes hegt in Herz und Verstand den Glauben, daß schließlich doch das soziale Kaiserium wiedererrichten müsse, weil man nur in ihm die Staatsform habe, die dem deutschen Volksscharakter und der dauernden gefährdeten Lage des deutschen Landes wirklich entspreche.“ An der Spitze, die gegen Rathenau seit seines Lebens veranstaltet wurde, war der D. S. B. hervorragend beteiligt. In der Deutsch-nationalen Verlagsanstalt, einem Unternehmen des D. S. B., erschien eine Broschüre: Diktator Rathenau, in welcher Rathenau als „Verführer und Verderber auf allen Gebieten“ bezeichnet wurde. Vom Deutsch-nationalen Handlungsgesellenverband ist auch eine politische Geheimorganisation gegründet worden, die sich „National- und kulturpolitische

Arbeitsgemeinschaft“ nennt, und die im Jahre 1920 Richtlinien für Reichspolische hinausgegeben hat. Damit ist der Zusammenhang des Deutsch-nationalen Handlungsgesellenverbandes mit der monarchistischen Bewegung erwiesen. Statt die Interessen der Angestellten zu vertreten, haben die Herrschaften keine anderen Gedanken, als den Kaiser Wilhelm wieder auf den Thron zu setzen.

**Der dritte Kongress der internationalen Union gegen die Tuberkulose** findet vom 11.—14. Juli in Brüssel statt. Es sind Vertreter von 37 Staaten anwesend. Deutschland, Rußland und Japan sind nicht vertreten. Für die Tschechoslowakei sind Professor Weseley, Dr. Sulka (für die Masarykliga gegen die Tuberkulose) und Dr. Pelz (für das Gesundheitsministerium) anwesend. In der Debatte sprachen Dr. Sulka über die Kindersterblichkeit im Zusammenhang mit der Tuberkulose und Dr. Pelz über die Wärfertfrage.

**Der angefochtene Hauskauf des staatlichen Bodenamtes.** Am Benzelsplatz in Prag auf dem renovierten Gebäude „Na Rosiku“ ist seit einigen Tagen die Inschrift angebracht: „Staatliches Bodenamt“. Die Ueberstufung des Amtes in dieses Haus ist noch nicht erfolgt, da, wie die „Lidobe Noviny“ melden, der Hausbesitzer Schwierigkeiten macht. Der auf den 20. d. M. festgesetzte Ueberstufungstermin mußte verschoben werden. „Gleichwohl“, sagt das Blatt, zieht das staatliche Bodenamt zum Teil in das neue Gebäude ein, welches trotz des Protestes der parlamentarischen Ersparungskommission angekauft wurde. Die parlamentarische Ersparungskommission zieht daraus ihre Konsequenzen. Sie hält überhaupt keine Sitzung ab.“ Der Ministerrat hat bekanntlich den Kauf des Gebäudes genehmigt. Das sind groteske Zustände, die unwillkürlich an Schilfbürgerstücken erinnern und zum Lachen reizen müßten, wenn man nicht ihre traurigen Folgen ermögen würde.

**Ein Gedenkstein für Rathenau.** Eine Konferenz aller republikanischen Parteien im Verwaltungsbetriebe Wilmersdorf-Groß-Berlin hat beschlossen, zu beantragen, daß die Königsallee in Grunewald, in der Dr. Rathenau ermordet wurde, künftig Rathenau-Allee heißen soll. Außerdem soll an der Mordstelle ein Gedenkstein errichtet werden.

**Dierzehn Personen erschossen.** Im sizilianischen Dorfe Lentini veranlaßte eine Volkskundgebung die Freilassung einiger sozialistischer Führer, die wegen der Herstellung von Bomben verhaftet worden sind. Als die Menge Steine gegen das Gefängnis warf, schoß die Polizei. 14 Personen wurden getötet und mehrere verwundet.

**Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Arbeitern.** Nach einer Meldung des „Totalanzeiger“ aus Wilhelmshaven kam es bei einem Sommerfeste der Stahlhelmgänge in dem Oldenburgers Orte Barel zu Zusammenstößen mit Arbeiterturnern, wobei mehrere Personen verwundet wurden.

**Ein Teilnehmer am Ueberfall in Wiesa verhaftet.** Das „Prager Tagblatt“ bringt folgende Meldung: Am 11. d. wurde in Niederleutendorf der 18jährige Fabrikarbeiter Stanislaus Bazl von der Gendarmarie verhaftet, weil er verdächtig ist, an dem Ueberfall auf die deutschen Turner in der Station Wiesa-Oberleutendorf teilgenommen zu haben. Bazl soll sich anderen Personen gegenüber der Teilnahme an dem Ueberfall gerühmt haben. Nach seinen Aussagen sei ein Boie nach Niederleutendorf gekommen und habe ihn und mehrere andere Burschen aufgefordert, sofort auf den Wieser Bahnhof zu gehen, wo man einen Turnerzug erwartete und die Insassen verprügeln wolle. Bazl wurde dem Bezirksgericht in Oberleutendorf eingeliefert.

**Räufelhafter Mord bei Jglau.** In einem Graben zwischen den Dörfern Ghaluppen und Seelenz, in der Nähe von Polna, fand am Montag

## Der Einsam.

(10)

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

Die Herrschaft derjenigen, welche zu dem Pfarrer hielten, war wenigstens schon soweit gediehen, als sie jetzt aufbrachen, — weil kein anständiger Christenmann das Abendläuten im Wirtshaus abwartete — daß auch jene, deren Mann der Pfarrer lust nicht war, gleichfalls zahlten und gingen.

Die Burschen waren nun unter sich und der Schneider-Tomerl beugte sich über den Tisch und hüllte: „Hör's Bub'n, soll'n wir nit 'sammhalten und 'm Einsam helfen, d'Schandart verjagen?“

„Ah, daß mer etwa ein' Banngettsch in Leib kriegt oder ang'schossen wurd?“ sagte einer. „Dazu sein mer uns z' gut,“ meinte ein anderer.

„Und der Einsam z' schlecht,“ ein dritter. „Und Kamerad is er ja nit zu uns!“ erklärte der erste.

„Rein, er is kein Kamerad,“ murmelten alle. „Aber verwarnen sollt mer 'n doch,“ jagte der Tomerl.

„Das kannst schon tun,“ sagte einer, „das tu mir, daß 'n mit unverschens überfallen und aus 'm Nest nehmen, wie ein' nacketen Vogel; er soll sich nur wehr'n für sein' Teil. Wieviel werden's ihm denn auch zutun?“

„Zwei, mehr nit.“

„Dat er zu seiner Schneid' a wengert' Wud. wird er selb' allein mit d' fertig. Zahl'n, Wirt!“

Auch die Burschen gingen, sie wollten nicht länger beim Weine sitzenbleiben, am Ende hätte doch die Kauflust erwachen und den Augen Entschluß, sich nicht einzumengen, rückgängig machen

können, denn ein kluger Entschluß ist es immer, zuwarten, bis neu Regiment älter wird und Klauen und Zähne, die es anfangs so bedrohlich wies, sich abstumpfen.

Der Pfarrer hatte den Tag über auf seiner Stube gelesen, Bücher lagen vor ihm ausgefächelt, mochten ihn aber wohl nur wenig beschäftigen, denn oft hob er sich von seinem Sitze, ging mit raschen Schritten auf und nieder, hielt dann inne und blickte eine geraume Weile zum Fenster hinaus, von welchem man weit die Straße übersehen; von Zeit zu Zeit zeigte sich auf derselben ein Gefährt, aber wenn die Staubwolken verfliegen und es sich erkennen ließ, war es ein andres als das erwartete. Nun es Abend geworden war, griff der Pfarrer nach Hut und Stod, verließ den Pfarrhof und ging hinaus aus dem Dorfe, der Straße nach. Eine gute Stredde hatte er zurückgelegt, da hörte er ein Wägelchen herantasseln, er blickte auf, der Bürgermeister sah auf dem Kutschbode, er rief ihn an und der Dike rief die Hügel an sich. „Se, Hochwürden, da auf 'm beschwerlichen Weg? Mein Jesus, ich häit' mer ja doch selber die Ehr' genommen und heut noch auf 'm Pfarrhof zu'sprechen.“

„Laß's gut sein. Was gib't Neues?“

„Morgen kommen f! Hab' selber den Befehl an den nächsten Posten ausfertigen und durch eine Ordinance abschiden sehn.“

„Ist gut.“

„Hab' auch g'sagt, daß mer sich sein in acht nehmen möcht, sie hätten's mit ein'm rabiaten Reel zu tun.“

„Schon recht.“ Der Pfarrer rückte den Hut ein wenig zurück und fuhr sich mit dem Taschentuche über die Stirne. „Es bedrückt mich, daß ich da Menschen in eine Gefahr schick —“

„Jo mein, wann's anders nit geht.“

„Aber der Bursche muß uns aus den Augen, ich habe es gesagt und mit ihm muß der Anhang

gemacht werden; mögen sie ihre Pflicht tun, ich kann ihn da nicht mir zu Trost sitzen lassen —“

„Das is sicher! G'woß nit!“

„Sonst brächte auch für weiter Ernst und Strenge kein Gebelhen.“

„Freilich, freilich.“

„Also morgen! Wollen hoffen, es verläuft nicht so übel.“

„Beileib, wird nicht so arg werd'n. Woll'n Hochwürden nit aufsteigen?“ Der Dike rückte auf dem Kutschbode zur Seite.

„Rein. Ich danke, Bürgermeister. Gute Nacht!“

„Ruff' d'Hand, Hochwürden.“

Der Pfarrer schritt über die Straße und schlug einen Fußsteig ein, der ihn quer durch die Felder auf kürzerem Wege nach dem Dorfe zurückführte. Er nahm den Hut ab und setzte langsam Fuß vor Fuß. „Also morgen,“ murmelte er, „gut, wenn das vorbei sein wird. Keine Schwäche! Schwäche ist sündhaft, denn sie führt zur Sünde!“ Er seufzte tief auf, dann reckte er sich hastig empor, als würde er etwas von sich ab und begann die Felder aufmerksam zu mustern; er sah nach den leeren und vollen Lehren, nach dem Stande des Klee, er streifte Käfer von den Rippen und schälte Körner aus der Hülse, bald aber warf er den Galin, der ihn eben noch beschäftigt hatte, achlos weg und ging wieder im gewohnten, strammen Schritte dahin.

Der Streig führte an dem Küchengarten vorbei der hinter dem Wirtshause lag, derselbe war nicht eingepflanzt, aber von so dichten, hohem Buschwerk umfriedet, daß man die Leute, welche sich daselbst aufhielten, nicht sehen, noch von ihnen wahrgenommen werden konnte, dagegen gestattete die grüne Wand das Horchen wie das Behorchtwerden und hatte Ohren wie manche andre.

Der Pfarrer blieb stehen.

„Das hab' ich ja gleich heraus g'habt,“ sagte der Wirt im Garten, „daß 'n neuchens Herrn Pfarrer sein' Reschen nit ohne is. Morgen schon jagen f' auf sein Anstiften 'n Einsam davon.“

„Ei, du mein, was macht er sich denn auch mit dem Bub'n z' schaffen?“ fragte die alte Martha.

„Wird doch kein Schad' sein um den?“

„No, schau, er is halt doch zeitler in Ruh' und Fried' dag'sessen, wer weiß, wohin 's 'n führt und wozu 's 'n treibt, wann mer ihm hütten mit einum grüber kimmt als groß? Das-selbe häit' ich mir nit erwart' von dem geistlich'n Herrn, von ihm schon gar nit!“

Da ließ sich die Kellnerin vernehmen: „D' Mhl red't, sie dürft' ihn kennen.“

„Ei, freilich wohl b'sinn' ich mich auf ihn. Hab' ich dös noch nit g'sagt? Ach, das is nit schlecht, daß ich dös noch nit beredt' hab'! Wohl, wie noch mein Alter g'lebt hat und wir drüben in Gutenhofen g'haust haben, zur selben Zeit, wo wir einig worden sein, daß mir da das Wirtshaus laufen woll'n — selb' is wohl auch schon über fünfzwanzig Jahr' her — da hab' ich 'n gut kennt 'n Eisner, 'n hochwürdigens Herrn, als blutjung's Kaplanerl hab' ich 'n kennt. Ja.“

„Ah, da schau, is dös der nämlich!“ wunderte sich der Wirt.

„Derselb', der nämlich' nit! Damal war er andersch. Je, da hab'n f' ihn bissel gut leiden mögen, weil er halt gegen arme Leut' ein so viel erbärmlicher Herr g'west is. Einer guten Bekennens von mir, der Anhoferin, is er in ihren letzten Nöten beig'standen; mein, die arme Seel' hat a grimme Angst g'habt vorm Tod und vorm Teufel, aber er hat ihr nit die Höl' heiß und 's Sterben bitter g'macht, gar lieb hat er ihr zu g'rebt', von der Erbarmung Gottes und der himmlischen Freud', so daß f' getröst' und ergeben die Augen g'schlossen hat. (Fortf. folgt.)

abends eine Frau den vollständig nackten Leichnam eines Mädchens mit dunklem Haar. An der Brust und am Rücken fand der Polnaer Arzt Wunden, die von Schlägen mit einem Knüttel herzuführen scheinen, oberhalb der Augen zwei Dehnungen anscheinend von Schußwunden und außerdem war die Schlagader am Halse durchschnitten. Von den Tatern fehlt jede Spur. Die Nachforschungen haben bisher nur ergeben, daß am Samstag ein elegant gekleideter Mann in der Station Polna ausstieg und sich nach dem Wege in die Ortschaft Chaluppen erkundigte. Am nächsten Tage stiegen in derselben Station zwei Männer und ein Mädchen aus. Die beiden Begleiter der Frau bemühten sich dieselbe, die sehr gebrüht und traurig schien, zu unterhalten. Eine Frau aus Chaluppen will in der Leiche der Ermordeten die traurige Frau, die sie in Begleitung der Männer sah, wiedererkennen. In der Umgebung des Fundortes der Leiche herrscht unter der Bevölkerung große Erregung. In Polna kam es zu Zusammenrottungen, wobei die Bevölkerung eine drohende Haltung gegen die jüdischen Bewohner einnahm. Wie der „Ventus“ meldet, ist die aufgefunden Leiche vollständig vom Blute entleert. Die bisherigen Nachforschungen haben noch kein positives Ergebnis gezeigt.

**Ein Raubmord bei Brüx.** Am Dienstag wurde in Brüx die 47jährige Gertrude W. erschossen. Die Täter erschlugen ihr Opfer mit dem hölzernen Arme eines Garbenbinders und warfen es dann die Kellerstiege hinunter. Aus einem Kasten in der Wohnung raubten die Mörder 70.000 Kronen in Baren. Als der Tat drinend verdächtig hat die Gendarmerie in Trupps bei Brüx den 23jährigen Ditrich festgenommen. Die beiden konnten jedoch bisher der Tat nicht überführt werden.

### Kleine Chronik.

#### Die Explosion in Zweedorf.

Hamburg, 13. Juli (Wolff). Zur Explosion in Zweedorf wird noch gemeldet, daß sie durch eine Reibungszündung bei der Reinigung eines Reservoirs in der Perchloratanlage verursacht wurde. Der Betriebsleiter, ein Meister und sieben Arbeiter wurden durch die Explosion in Stücke gerissen, 10 bis 15 Arbeiter verletzt. Der Betriebschade wird auf viele Millionen geschätzt. Der Außenschaden war infolge günstiger Windrichtung gering. Eine spätere nicht bestätigte Meldung spricht von zwölf Toten.

**Das Echo als Tiefenmesser.** Sehr viele Gesichte an den amerikanischen Küsten sind wegen der häufigen Verringerung der Grundverhältnisse von der Schifffahrt gefürchtet. Bisher verwendete man nun für die Messung der Tiefen meist den sogenannten Kalvin-Apparat oder das Thompsonsche pneumatische Lot. Es ist dies eine zylindrische, oben hermetisch verschlossene unten offene und an der Innenseite mit chromsaurem Silber belegte Glasröhre. Wird sie mittels eines Lotes versenkt, so wird die Luft in der Röhre durch den mit zunehmender Tiefe nachwachsenden Druck des Wassers zusammengepreßt und das Eindringende Seeswasser färbt den roten Belag im Innern weiß, jedoch danach an einer Skala die erreichte Tiefe gemessen werden kann. Während des Weltkrieges aber fand man heraus, daß die zur Auffindung der Unterseeboote benutzten Hydrophone auch zur Messung der Tiefenverhältnisse vorzüglich geeignet seien, da man aus der Zeit, die das Echo eines Signals brauchte, um zu Gehör zu kommen, die Tiefe des Wassers zuverlässig bestimmen konnte. Auf Grund dieser Entdeckung hat man jetzt ein System ausgearbeitet, das es ermöglicht, Wassertiefen bis auf wenige Fuß genau zu berechnen. Theodor Roosevelt, der Staatssekretär der amerikanischen Marine, berichtet, daß mit einem neuen Apparat auf drahtlosem Wege Versuche gemacht wurden, die vollen Erfolg hatten. Man stellte durch die Messung der Zeit, die ein Ton brauchte, um vom Schiff aus den Meeresgrund zu erreichen und auf die Oberfläche zurückzukehren, die Tiefe genau fest.

10.000 Pfund für eine altägyptische Kleinplastik. Auf einer der jüngsten Auktionen bei Sothebys in London wurde für einen kleinen ägyptischen Pharaonenkopf ein Preis von 10.000 Pfund Sterling erzielt. Die Plastik aus poliertem schwarzen Obsidian stellt Amenhotep III. aus der 12. Dynastie dar und mißt vom Scheitel zum Kinn knapp 12 Zentimeter. Das kleine Kunstwerk gilt für eines der schönsten Stücke altägyptischer Skulptur. Der Käufer ist ein ausländischer Sammler, der das Kleinod nach hartem Kampf erstand.

**Panik im Untergrundbahnstunnel.** Von einem Unglück auf der New Yorker Untergrundbahn, das zu einer schweren Panik führte, bei der 170 Passagiere durch giftige Schwaden ohnmächtig wurden, wird aus New York berichtet. An derselben Stelle, an der das Unglück geschah, ereignete sich bereits vor sieben Jahren ein ähnlicher Unfall, bei dem 180 Passagiere das gleiche Schicksal erlitten. Diesmal war ein aus zehn Wagen bestehender Expresszug durch Entweichung von Gasen zum Halten gezwungen. Gleichzeitig erloschen die Lichter im Zug und im Tunnel, und der Passagiere bemächtigte sich ungeheure Aufregung. Ein Polizist mußte mit dem Revolverkolben eine Anzahl Scheiben einschlagen, um den in der Dunkelheit eingeschlossenen Passagieren den Weg ins Freie zu ermöglichen. Da der Tunnel mit Gaschwaden angefüllt war, so erlag aber eine große Anzahl der Rauchvergiftung. Die Rettungsmannschaften, die rasch zur Hilfe eilten, brachten die ohnmächtigen Männer, Frauen und Kinder durch die Einsteigöffnungen aus einer Röhre von rund 18 Metern zur Straßenoberfläche. Hier wurden die Ohnmächtigen mit Sauerstoffapparaten behandelt; 22 mußten ins Krankenhaus überführt werden.

**Ueber die Zahnpflege.** Bemerkenswerte Ausführungen über die Grundzüge, die zu beachten sind, um die Zähne und damit zum guten Teil auch die Verdauungsorgane gesund zu erhalten, machte ein Londoner Arzt in einem vor dem königlichen Institut für Volksgesundheit gehaltenen Vortrag. Er stellte den Satz voran, daß Kinder im Alter von zwei Jahren in der Hauptphase feste Nahrung bekommen müßten, und daß man sie zu gewöhnen habe, nur nach der Mahlzeit zu trinken. Er habe Kinder mit gesunden Zähnen in Häusern gefunden, wo die Zahnbürste ein unbekanntes Luxus sei, und wenn man ihn frage, was er für wichtiger halte, den Kindern harte Speisen zu geben und sie nur nach der Mahlzeit trinken zu lassen, ohne daß sie dabei die Zahnbürste benutzen, oder sie aufzustehen wie so manche Kinder der Mittelklassen, die dabei streng an den regelmäßigen Gebrauch der Zahnbürste gewöhnt sind, so würde er das erste vorziehen. Er riet auch den Gebrauch von Kaltwasser zur Mundspülung an; früher sei es gebräuchlich gewesen, den Kindern Kaltwasser und Milch zu geben, weil man glaubte, es sei dies für die Knochenbildung gut, und dies möge schuld daran sein, daß die jetzt lebende Generation bessere Zähne habe als ihre Kinder. Ein anderer Vortragender schloß sich dem an und lenkte die Aufmerksamkeit auf die ungeheure Bedeutung, die gute Zähne im Kampf gegen Schwindsucht und Kindersterblichkeit besitzen. Angegriffene Zähne seien eine ständige und gefährliche Quelle der Ansteckung. Auch er warnte davor, zur Mahlzeit zu trinken und die Mahlzeiten mit Milch und Süßigkeiten zu schließen oder diese Dinge unmittelbar vor dem Schlafengehen zu sich zu nehmen.

### Waldwirtschaft und Sozialpolitik.

Die Union der Bergarbeiter hat im ersten Halbjahr 1922 nicht weniger als 725.690 Kronen Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Nimmt man bei jedem einzelnen Fall den vollen Betrag der Arbeitslosenunterstützung bis zur Aussteuerung an, so ergibt das 2500 Mitglieder. Die Zahl beleuchtet am besten die Schwere der Wirtschaftskrise im Bergbau.

**Erregung in der Tabakarbeiterchaft.** Wie wir dem Hochblatt der Tabakarbeiter in Böhmen entnehmen, hat die Zentraldirektion der tschechoslowakischen Tabakregie einen Erlaß herausgegeben, durch welchen die Lage der Tabakarbeiter verschlechtert wird. Die Organisation der Tabakarbeiter verlangt daher die Einberufung des Zentralbetriebsausschusses, auch aus dem Grunde, um die Forderung durchzusetzen, daß die Dienstalterszulagen, die die übrigen Staatsbeamten bekommen, auch den Tabakarbeitern zukommen sollen. Im Interesse der Tabakregie ist es, so bald als möglich Ordnung zu schaffen, denn eine verärgerte Arbeiterchaft hat keine Lust, hohe Leistungen zu vollbringen.

**Katastrophale Lage in der Schuhindustrie.** Neben der Textilindustrie ist es die Schuhindustrie, die unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise besonders zu leiden hat. Nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter in der Schuhindustrie sind heute ohne Beschäftigung. Im besonderen ist es der östliche Teil Böhmens, der unter diesen Verhältnissen leidet. Ursache der Krise ist die Schwierigkeit des Exportes.

Ein Gesetzentwurf für die landwirtschaftlichen Arbeiter Belgiens. Der Brüsseler „Peuple“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 20. Juni den Text eines von der sozialistischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfes, der auf eine Regelung der Wohnungsfrage der landwirtschaftlichen Arbeiter abzielt. Der Artikel 1 verpflichtet sämtliche Unternehmer in der Landwirtschaft, die ständige oder Saisonarbeiter beschäftigen, ein Jahr nach Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes alle Maßnahmen zu treffen, um den bei ihnen wohnenden Arbeitern Schlafstätten zur Verfügung zu stellen, die den hygienischen und sittlichen Vorschriften entsprechen. Den Unternehmern ist verboten, ihren Arbeitern Ställe, Scheunen, Schuppen oder Verschläge als Schlafstätten anzuweisen. Die eigens als Wohnräume adaptierten Lokalitäten müssen für die beiden Geschlechter getrennte Räume aufweisen. Des weiteren werden namentlich hinsichtlich der Ventilation und Beleuchtung der Wohnräume genaue Vorschriften angegeben. Artikel 4 fordert, daß die von Familien oder einzelnen Gruppen von Saisonarbeitern bewohnten Räume sowie die Einzelräume für Familien und aparten Räume für Männer und Frauen mindestens mit einem möblierten, mit der notwendigen Ausrüstung ausgestatteten abgetrennten Raum versehen sein müssen, der als Küche und gemeinsamer Aufenthaltsort dient. Dem Unternehmer ist untersagt, sich für die aus der Ausstattung der Räume ersparenden Kosten durch einen Aufschlag auf die Miete schadlos zu halten. Auch die Kosten für Möbel und Instandhaltung der Räume fallen dem Unternehmer zur Last.

**Zur Verstaatlichung der Wälder** melden die „Libode Roviny“, daß das staatliche Bodennamt in den nächsten Tagen das Verzeichnis der Waldgüter veröffentlichen wird, die in den Jahren 1923 bis 1924 auf Grund des einheitlichen Enteignungsgesetzes enteignet werden sollen. Es handelt sich im ganzen um 250.000 Hektar. Jene Güter, deren Enteignung am dringlichsten ist, werden nach dem Beschlusse des Ministerrates noch vor der Mitteilung dieses Verzeichnisses beschlagnahmt werden. Dazu gehören die ungeheuren Riesengebirgsherrschaften Czernin-Worjans in Hohenelbe und die Glan-Gallaschen Güter in Friedland, denen das Bodennamt bereits angekündigt hat, daß sie verpflichtet sind, die Uebergabe der Herrschaften mit ganzem Inventar und den zugehörigen Gebäuden am 1. Jänner 1923 vorzubereiten. In der ersten Periode wird der Staat besonders die Waldgüter an den Grenz-

gen von Böhmen und in Mähren im Innern des Landes übernehmen. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Verzeichnisses der beschlagnahmten Waldgüter wird das Bodennamt Vorschriften herausgeben, welche die Wälder vor eventuellen Verwüstungen schützen sollen.

**25 Jahre Raiffeisenverband in Mähren.** Vor einigen Tagen hat der Verband der tschechischen mährischen Raiffeisenkassen das Jubiläum seines abgelaufenen 25. Bestandsjahres gefeiert. Der erste Anreger der Raiffeisenkassen in Mähren, die sich meist in christlichsozialen Händen befinden, ist der Pfarrer Jan Holba, der Ende 1894 schon in der Presse auf die Vorteile der Raiffeisenkassen hinwies und im Jahre 1895 den ersten derartigen Verein gründete. Noch im selben Jahre erfolgte die Gründung anderer Vereine und im Oktober 1896 vereinigten sich diese Vereine in Brünn zu einem Verband, der schon 1898 86, 1901 262 Vereine zählte. Der Verband, dessen Aufgabe es ist, Einlagen zu sammeln, Kredite zu geben und den gemeinsamen Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Artikeln zu besorgen, hat in Brünn ein großes Palais, in dem auch die sonstigen christlichsozialen Parteiinstitutionen untergebracht sind.

#### Kurse der Wälder.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden: 1853, 100 Mark 12, 100 Schweiz. Franken 912, 100 Lire 215, 100 franz. Franken 396, 1 Pfund Sterling 212, 1 Dollar 47.05, 100 belg. Franken 371, 100 Pesetas 741.50, 100 Dinar 54.50, 100 österr. Kronen 0.19.75, 100 poln. Mark 0.85, 100 ung. Kronen 3.92.50.

Wiener Kurse. Berlin 1.25, Wien 0.02, Prag 11, Holland 202.70, New York 5.22.25, London 23.19, Paris 43.10, Mailand 23.00, Budapest 0.40, Agram 1.55, Warschau 0.09.50.

### Kunst und Wissen.

**Wagner-Phylus, 9. Abend: Götterdämmerung.** Des Nibelungendramas gewaltiger Schlussteil erlebte Mittwoch im Deutschen Theater eine prächtige Aufführung. Es ist nicht leicht, den vier kontrastierenden und doch fest verbundenen Abteilungen des „Ringes“ den richtigen Charakter zu geben. Dirigent Dr. Falowich hat es getroffen, das ganze großartig überschauend, Einheitlichkeit und Gegensätzlichkeit zu wahren, in großen Linien zu zeichnen und doch jedem Teil sein eigenes Gesicht zu geben. So wirkten „Rheingold“ und „Walküre“ wie ein Prolog im Himmel resp. auf Erden, „Siegfried“ wie eine Darstellung der Bejahung des Willens zum Leben, „Götterdämmerung“ wie ein großer Akt von Schuld und Sühne, das Ganze aber wie ein überlebensgroßes Bild. Die mit stichlicher Freude arbeitenden Darsteller und Männerchöre, wie das in der gesteigerten Polyphonie schwellende Orchester hatten an Dr. Falowich einen vortrefflichen Führer. Als Siegfried konnte Hans Raabod wieder deutliche Beweise einer sehr glücklichen Entwicklung des Sängers und Darstellers in ihm erbringen. In Johanna Berthold hatte er eine Mit- und Gegen-Spielerin, deren heroische Temperament in Spiel und Vortrag nichts zu wünschen ließ und Brühildes Schmerz in gigantischen Dimensionen zeichnen konnte. Friedrich Reumeyer als Gunther und Berthold Sterned als Hagen waren ein Brüderpaar von großem, durch persönliche Eigenart wirkenden Reiz, der schon stimmlich ausdrucksvoll zur Geltung kam. Auch Frä. Müller als Gutrune, Frä. Berth als Waltraute, Herr Fuchs als Alberich, sowie die Korne und Rheintöchter, aus denen besonders Steffy Medlers Waldboglein-Sopran hervorragt, trugen nicht wenig zum Erfolg bei, der sich in angeregtem Mitgehen des Publikums und lebhaftem Beifall äußerte.

Neues Theater. Heute, den 14.: „Rigoletto“; Samstag, den 15.: „Meisterfinger von Nürnberg“; Sonntag, den 16.: „Rastebinder“; Montag, den 17.: „Traviata“. — Schluß der heurigen Spielzeit.

### Aus der Partei.

**Bezirksorganisation Komotau.** Am 6. August findet im Hotel „Weimar“ in Komotau um 9 Uhr vormittag eine Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Vortrag über die politische Lage, unsere nächsten Aufgaben und Neuwahlen.

### Jugendbewegung.

#### Internationales Jugendtreffen in Salzburg.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Jugendorganisationen ruft ihre angeschlossenen Verbände zum internationalen Jugendtreffen vom 10. bis 21. August in Salzburg auf. Aus allen Ländern wird die proletarische Jugend zusammenkommen, um den Gedanken des internationalen sozialistischen Kampfes fester und tiefer in die Herzen zu pflanzen. Es gilt aufs neue, die Kampfzeichen des jungen Proletariats enger zu schließen. Die österreichischen Genossen und Genossinnen sehen alle Kraft daran, die Tage in Salzburg zur dauernden Erinnerung zu gestalten. Im Mittelpunkt steht eine internationale Jugendkundgebung, umrahmt von künstlerischen Darbietungen, zum Abschluß finden gemeinsame Wanderungen in die bergige Umgebung statt.

### Turnen und Sport.

**Landmanntournee der Prager Sparta.** AC Sparta spielt in der Zeit vom 6. bis 20. August in Kopenhagen, Stockholm, Kristiania und Göteborg. Die Reise wird zusammen mit dem Länderspiel Schweden gegen Tschechoslowakei (am 13. August in Stockholm) und dem Städtespiel Prag gegen Kristiania (am 10. August in Kristiania) stattfinden.

**I. FC. Nürnberg gegen AC Sparta.** Die Prager Sparta spielt am 27. August in Nürnberg gegen den I. FC. Nürnberg. Die beiden bisherigen Treffen des deutschen Meisters mit dem tschechischen ergaben ein unentschiedenes 0 : 0-Resultat und einen 5 : 2-Sieg Spartas in Prag.

**Wiener Sportklub — Oesterreichischer Meister.** Das Mittwoch am Simmeringer Platz vor 15.000 Zuschauern ausgetragene Meisterschaftsspiel Sportklub gegen WAF. blieb mit 1 : 1 (1 : 0) unentschieden. Hans Rannhäuser erzielte bald nach Beginn das Tor für den Sportklub, Fiskera gleich erst knapp vor Schluß aus. Durch den einen Punkt aus dem heutigen Wettspiel wird Sportklub Meister des Niederösterreich. FA, denn er verzeichnet nunmehr endgültig 34 Punkte aus 24 Spielen bei einem Torverhältnis von 44 : 23. Die Hakoah, welche Donnerstag ihr letztes Spiel gegen Wacker austrägt, hat bisher 32 Punkte aus 23 Wettspielen erzielt, Score 47 : 29. Demnach kann Hakoah den Sportklub nicht mehr einholen.

**Schwimmport. Neuer Rekord Weismüllers.** John Weismüller verbesserte den Rücken-Schwimmerrekord über 75 Yards auf 4.8 Sek. Am Vortage stellte er, wie bereits gemeldet, mit 5.8 Sek. einen neuen Weltrekord über 100 Meter im freien Stil auf.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak  
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß  
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

## Wo verkehren wir?

**Café Continental, Prag-Graben**  
**Restaurant Goldenes Kreuzel, Prag-Nezastka.**

### Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Vollbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**

### Retten Sie sich

vor der Unmasse leichter Unterhaltungsschriften indem Sie sich beim Einkauf unseres reichhaltigen Lagerverzeichnisses bedienen. Wir senden es Ihnen kostenlos zu. Schreiben Sie noch heute an die Buchhandlung Freiheit Kremser & Co., Topfitz Schönbau, Theresienlg. 18

**Inszerieren Sie im Sozialdemokrat !!**

## „FLEXO“

Bohr- und Gewindeschneidapparate



### 90% Ersparnis an Bohrern!

Absoluter Schutz gegen Bohrerbruch, Zeit- und Material-Verlust.  
**Hauptvertrieb für die Tschechoslowakei:**  
**„STANDARD“, G. m. b. H.,**  
für technische Artikel  
**PRAG, Jungmannova 29.**  
In allen größeren Werkzeughandlungen erhältlich.  
**Provisionsvertreter gesucht!**